

Corona-Impfstoff: Das Wundermittel gegen die Krise?

Von Marcel Möbius

Auch

wenn inzwischen wieder härtere Lockdown-Maßnahmen verhängt wurden, lassen die internationalen Infektionszahlen leider wenig Raum für Hoffnung auf ein Ende der Corona-Pandemie. Die USA, Brasilien und Indien sind weiterhin Spitzenreiter der Neuinfektionen und Großbritannien kämpft mit einer Mutation des ursprünglichen SARS-Virus, die weitaus ansteckender sein soll als bisher. Insgesamt haben sich weltweit bisher rund 70 Millionen Menschen infiziert, wovon rund 1 Millionen an den Folgen starben. Die Folge dessen ist eine enorme Belastung für die Arbeiter_Innen im Care-Sektor.

In

Deutschland sind die Infektionszahlen damit wieder auf einem Höchststand, wie zuletzt im Mai diesen Jahres. Die zweite Welle ist also voll angekommen und sie ist härter als die erste.

Konkurrenz statt Kooperation:

Was den Impfstoff angeht: Während die Suche danach lief, gab es kaum internationale Zusammenarbeit. Durch den Konkurrenzdruck versuchte jedes Land, als erstes einen Impfstoff zu entwickeln, um diesen dann möglichst profitbringend an andere verkaufen zu können. Mittlerweile hat sich der Impfstoff des deutschen Unternehmens Biontech in Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Partner Pfizer als wahrscheinlichster Kandidat für die Zulassung in Deutschland herausgestellt.

Gegen SARS-CoV-2, das erst seit etwa Neujahr 2020 bekannt ist, sind binnen kurzer Zeit laut der

Weltgesundheitsorganisation WHO **mindestens**

214 (Aufstellung vom 08.12.2020)

Impfstoffprojekte weltweit angelaufen. In der Liste der Unternehmen finden sich vorrangig Pharmakonzerne aus imperialistischen Staaten, da es natürlich gewisse Grundbedingungen braucht, um ein solches Projekt angehen zu können: Zum einen benötigt man große Mengen an Kapital, um diese Forschung zu finanzieren. Zum anderen benötigt man eine entsprechend gut ausgebaute Bildungs- und Infrastruktur, um dieses Projekt effektiv angehen zu können, wozu man eben entsprechend gut ausgebildetes Personal benötigt. Und natürlich forschen die Pharmakonzerne nicht aus gutem Willen am Impfstoff: Zum einen gibt es das ökonomische Interesse bürgerlicher PolitikerInnen, die Wirtschaft nicht länger einschränken zu müssen, sodass diese möglichst bald wieder ihre Produktion uneingeschränkt aufnehmen kann. Zum anderen wollen die Unternehmen selbst, die die Forschung vorantreiben, den Impfstoff möglichst gewinnbringend verkaufen.

Zum Impfstoff selbst:

Bei dieser Corona-Variante erweisen sich vor allem die RNA-Impfstoffe als effektiv. Der Impfstoffkandidat von Biontech ist ein RNA-Impfstoff und verspricht eine Wirksamkeit von 95%, nachdem er zwei Mal verabreicht wurde. Diese RNA-Impfstoffe gehören zu den ersten ihrer Art, sodass es nicht sicher abzusehen ist, was sie für Langzeitnebenwirkungen haben könnten, auch wenn deren Wirkweise (mRNA) schon lange bekannt ist:

Diese Impfstoffe enthalten Teile der Erbinformation des Virus in Form von RNA, die den Bauplan für ein oder mehrere Virusproteine bereitstellen. Nach der Impfung wird die RNA von einigen wenigen menschlichen Körperzellen aufgenommen. Die Körperzellen nutzen die RNA als Vorlage, um die Virusproteine selbst zu produzieren. Da aber nur ein Bestandteil des Virus gebildet wird, ist ausgeschlossen, dass auf diesem Weg komplette vermehrungsfähige Viren entstehen können. Die neu gebildeten, ungefährlichen

Virusproteine werden als Antigene bezeichnet, denn sie aktivieren das Immunsystem und erzeugen so die schützende Immunantwort.

Der Impfstoff schützt uns nicht vor kapitalistischer Ungleichverteilung:

Zwar darf man sich natürlich nicht durch Verschwörungstheorien um Bill Gates, implantierte Chips oder Ähnliches blenden lassen. Die Wirkungen der Impfstoffe werden gut erforscht und ihre kurzfristigen Nebenwirkungen damit einhergehend auch. Da die Wirtschaft allerdings nicht zu sehr gehemmt werden darf, können keine Langzeitfolgen erforscht werden. Dies bedeutet ein Risiko auf weitere langfristige Nebenwirkungen für die Bevölkerung, das durch die Profitinteressen verschuldet wird. International betrachtet zeigt sich dies noch deutlicher, da beispielsweise in Russland im November bereits mit den Impfungen begonnen wurde. Bis Jahresende 2020 sollen hier 400.000 Militärangehörige gegen das Virus geimpft sein.

Dies führt direkt zur nächsten Diskrepanz im Zusammenhang mit dem Impfstoff, da nicht überall zuerst gefährdete Menschen geimpft werden sollen, sondern auch Polizist_Innen und Angehörige des Militärs. Hier sieht man, wo die Prioritäten bürgerlicher Politik liegen. Beispielsweise hat die bayerische Landesregierung am 10. Dezember geäußert, zuerst Polizist_Innen impfen zu wollen, wenn ab dem 03. Januar womöglich der Impfstoff zur Verfügung steht. Der Aussage schlossen sich neben Bundesinnenminister Horst Seehofer auch die Innenminister der Landesregierungen von Hamburg, Baden-Württemberg und Niedersachsen an. Die Gesundheit von Polizist_Innen ist für sie einzig und allein so wichtig, um auch in Pandemiezeiten das Recht auf Profit und Eigentum weiter durchsetzen zu können.

Noch stärker stellt sich die Ungleichverteilung des Impfstoffes international heraus. Dies manifestierte sich beim jüngsten,

digitalen G20-Treffen. Dort haben sich fast alle imperialistischen Zentren gegen einen Antrag von Südafrika und Indien gestellt, der durch China unterstützt wurde. Dieser Antrag widerspricht dem bis heute gültige TRIPS-Abkommen, welches seit 1995 international das Patent- und Eigentumsrecht bezüglich Medikamenten und Impfstoffen garantiert, um die Profite der Pharmakonzerne durch den Verkauf oder dem Gewähren von Produktionsrechten zu garantieren. Südafrika und China hatten hierfür im Falle von COVID-19-Produkten eine Ausnahmeregelung beantragt, die allerdings von den anderen G20-Mitgliedsstaaten abgelehnt wurde.

Daneben, dass sich China gerne mal als Anwalt der kleiner Länder darstellen will, begründet sich dies dadurch, dass China bereits einen Impfstoff besitzt und diesen billig und massenhaft auf dem Weltmarkt verkaufen wollte, um selbst die größten Profite zu erlangen und die anderen Staaten niederzukonkurrieren. Die anderen Mitgliedsstaaten der G20 wollen vor allem zu einem hohen Preis sowie die Patentrechte verkaufen und haben dies durch eine Öffnung der Patente bedroht gesehen. Da eine Aussetzung abgelehnt wurde, werden sich halbkoloniale Staaten den Impfstoff nicht leisten können, um ihre Bevölkerung damit zu versorgen. In Staaten ohne gesetzliche Krankenversicherung, wie den USA, wird dies auch für große Teile der Arbeiter_Innenklasse bedeuten, dass sie keinen Zugang zum Impfstoff haben werden. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass sich imperialistische Länder wie die USA oder Kanada laut Informationen der OECD bis zu 7,5 Mal mehr Impfstoff gesichert haben, als sie Einwohner haben. Dadurch wird eine Bekämpfung des Virus' verhindert, da er sich in vielen Ländern weiter verbreitet, mutiert und damit weltweit gefährlich bleibt.

Hieran zeigt sich, dass alleine durch die Entwicklung eines Impfstoffs die Widersprüche des Kapitalismus und die damit verbundene Krise nicht gelöst werden können und dass das Problem stets das Privateigentum an den Produktionsmitteln bleibt. Dieses

muss gebrochen werden, um die Versorgung der Arbeiter_Innenklasse mit Medikamenten und Impfstoffen weltweit gewährleisten zu können. Es braucht die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung weltweit. Hier kann eine Produktion aufgebaut werden, die sich an den Bedürfnissen der Patient_Innen orientiert. Räte aus Ärzt_Innen, Pfleger_Innen und Patient_Innen sollten die Verteilung und Koordinierung dessen übernehmen. Die Impfstoffforschung sollte nicht an mehreren Orten parallel ablaufen, sondern durch die Räte international koordiniert werden, um eine effektivere Forschung gewährleisten zu können. Die Forschung wäre in einer sozialistischen Gesellschaft nicht durch die Fortsetzung der Produktion unter Profitzwang abgekürzt, sondern würde Langzeitfolgen abschätzen um die gesundheitlichen Risiken für die Bevölkerung zu minimieren.

Hierzu fordern wir:

- Krankenversicherungen für alle international – jeder muss Zugang zu Medikamenten, Masken, Behandlungen und Impfstoffen erhalten!
 - Für die Aufhebung von Patentrechten auf Medikamente und Impfstoffe zur Versorgung der Weltbevölkerung ohne Rücksicht auf Profitinteressen!
 - Für die entschädigungslose Enteignung und Vergesellschaftung der Pharmaindustrie unter internationaler Arbeiter_Innenkontrolle!
 - Für die internationale Koordinierung der Impfstoffforschung durch ein Antikrisenkomitee aus Arbeiter_Innen (insbesondere aus dem Care-Sektor), Forscher_Innen und Patient_Innen!
-

Warum der nächste Lockdown das Corona-Problem an unseren Schulen nicht löst und was wir dagegen tun können

Der neue Lockdown kam plötzlich. Von heute auf morgen sitzen wir wieder auf einem Stapel von Online-Aufgaben und fragen uns, wer das eigentlich alles schaffen soll. Noch kurz vor dem Lockdown haben die Landesregierungen und allen voran die Kultusministerkonferenz (=Absprachegremium der Länder für Bildungs- und Erziehungsfragen) immer wieder behauptet, dass die Schulen sicher seien. Infektionen fänden dort überhaupt nicht statt, sondern würden allein von außen in die Schulen hineingetragen. Doch die Infektions- und Quarantänezahlen sprechen eine andere Sprache: So waren kurz vor dem Lockdown über 3.000 Lehrkräfte und mehr als 20.000 Schüler_Innen in Deutschland infiziert. Am 17.12. ist ein Berliner Lehrer an den Folgen einer Corona-Infektion auf tragische Weise verstorben. Über 11.600 Lehrer_Innen und 200.000 Schüler_Innen sitzen in Quarantäne, über 200 Schulen wurden komplett geschlossen. Doch anstatt Geld in die Hand zu nehmen, um Luftfilteranlagen, Masken, mehr Personal und mehr Räume zur Verfügung zu stellen, wurde das Geld in die Privatwirtschaft gepumpt und die Infektionszahlen in unseren Schulen systematisch relativiert (mitunter auch durch sehr fragwürdige Studien). Außerdem wurde das Problem versucht „wegzudefinieren“; indem die Inzidenzzahl, ab derer eine Schule als Corona-Hotspot mit dementsprechenden Notfallmaßnahmen gelten würde, einfach von 50 auf 200 hochgeschraubt wurde.

Alte Probleme- drastische Konsequenzen

Robert-Koch-Institut
und Leopoldina sind sich dagegen einig, dass „Schülerinnen

und Schüler ein wesentlicher Teil des Infektionsgeschehens“ sind. Doch warum sind wir eigentlich so stark betroffen? Das liegt zum einen daran, dass unser Kontaktkreis durch die ohnehin zu großen Klassen sehr groß ist. Der chronische Raummangel an unseren Schulen ist nicht erst seit Corona ein Problem, und so müssen sich viele Schüler_innen in wenig Räume quetschen, sodass die Einhaltung des Mindestabstands kaum möglich ist. Diese Probleme waren bereits während der ersten Welle im Frühjahr 2020 bekannt, doch die Politik hat über den Sommer verschlafen, etwas dagegen zu tun. Momentan sieht es danach aus, als ob der sommerliche Tiefschlaf fließend in den Winterschlaf übergeht. Im Interesse der Wirtschaft, die auf jeden Fall verhindern möchte, dass die Arbeiter_Innen zu Hause bleiben müssen, um sich um ihre Kinder zu kümmern, wollten sie die Schulen um jeden Preis offen halten. Die Strategie war, sich dabei irgendwie durchzuwurschteln und zu hoffen, dass ein Impfstoff alle Probleme bis zum 10.01.21 lösen wird.

Es ist bereits absehbar, dass die Zahlen bis zum 10.01.21 nicht zurückgehen werden. Aber wie soll es weitergehen? Wann, und vor allem unter welchen Bedingungen, werden die Schulen wieder geöffnet? Wenn wir nicht weiterhin zulassen wollen, dass auf der Gesundheit von uns, von unseren Lehrer_Innen, von unseren Eltern, Freund_Innen und Angehörigen im Interesse der Wirtschaft herumgetrampelt wird, müssen wir anfangen, zu kämpfen! Wir müssen sichtbar werden, eine Stimme bekommen und laut sein.

Was wir fordern:

Es kann nicht sein, dass wir mit Online-Aufgaben zugespamt werden, während die meisten von uns nicht einmal einen eigenen Laptop haben. Einige haben nicht einmal eine gute Internetverbindung. **Wir fordern kostenlose digitale Endgeräte und einen kostenlosen Internetzugang für alle!**

Auch nicht jede_r

von uns hat ein eigenes Zimmer und zu Hause die nötige Ruhe zum Lernen. Während einige von uns Eltern haben, die selbst studiert haben, fließend Deutsch sprechen und ihre Kinder während des Homeoffice gut bei den Aufgaben unterstützen können, haben andere von uns Eltern, die vielleicht eine andere Muttersprache oder eine andere Schulbildung erfahren haben und alleinerziehend sind oder täglich für wenig Geld im Supermarkt oder Krankenhaus arbeiten müssen. Das ist ungerecht! Deshalb **fordern wir die Aussetzung der Noten und verpflichtenden Prüfungen solange kein zufriedenstellender Lehrbetrieb gewährleistet werden kann! Niemand soll benachteiligt werden, denn unsere Gesundheit ist wichtiger als eure Verwertungslogik!**

Wer kein

„Happy-Family-Life“ hat, für den ist das zu Hause eingesperrt Sein der blanke Horror. Im Lockdown sind wir der völligen Kontrolle und manchmal auch Gewalt unserer Eltern ausgesetzt und können dieser nicht durch die Schule oder Freund_Innen entkommen. **Wir fordern deshalb das Recht auf elternunabhängige Notbetreuung! Wer nicht zu Hause lernen kann oder sein will, soll selber entscheiden können, ob er oder sie in der Schule von pädagogischen Fachkräften betreut werden möchte. Dabei müssen die Hygienestandards ausgeweitet werden.**

Für viele Elternteile ist es auch gar nicht möglich zu Hause zu bleiben, da sie um ihren Job fürchten müssen. Deshalb fordern wir, dass die Wirtschaft bis auf die systemrelevanten Sektoren heruntergefahren wird. Wir finden außerdem, dass statt einem kleinen Kurzarbeitergeld seitens des Staats, lieber die Konzerne 100% des ursprünglichen Lohns fortzahlen sollten und auch alle, die ihren Job bereits verloren haben, vollen Gehaltsausgleich erhalten. Viele konnten sich nicht nur keine Weihnachtsgeschenke leisten, sondern haben schon Probleme beim Geld für den Schnelltest oder bei der Miete. Wir fordern deshalb, dass die öffentliche Versorgung (also nicht nur Wohnraum, sondern auch Gesundheit, Strom, Wasser und Heizung) nicht

privatwirtschaftlich organisiert wird, sondern in die Hand des Staates kommt und von den Produzent_Innen und Konsument_Innen demokratisch kontrolliert wird.

Let's strike again!

Lasst uns nicht weiter tatenlos zusehen! Lasst uns gemeinsam laut sein und kämpfen! Jede_r von uns kann an seiner_ihrer Schule beginnen, mit Mitschüler_Innen über die Probleme quatschen und lokale Aktionen organisieren. So wie es bereits Schüler_Innen in verschiedenen Bundesländern gemacht haben, die beispielsweise aus Protest gegen die unzureichenden Hygienebedingungen kollektiv verweigert haben, den Klassenraum zu betreten. Die Probleme in unseren Schulen sind jedoch ähnlich und sie sind flächendeckend. Neben lokalen Aktionen müssen wir uns deshalb auch bundesweit zusammenschließen und einen gemeinsamen Aktionstag oder sogar einen Schulstreik im neuen Jahr organisieren! Dafür sollten wir ein Online-Treffen oder eine Telefonkonferenz einberufen sowie auch linke FFF-Ortsgruppen und größere linke Jugendorganisationen wie die Linksjugend ['solid], die SDAJ, die Jusos oder Young Struggle auffordern, sich daran zu beteiligen. So können wir uns wirklich eine Stimme verschaffen und Druck auf die Politik ausüben, unsere Forderungen zu erfüllen. Mit Fridays for Future haben wir bereits bewiesen, dass wir das können!

Ihr findet die Forderungen richtig und wollt etwas bei euch lokal organisieren und/oder euch bei der Orga für einen bundesweiten Streik beteiligen? Dann schreibt uns bei Instagram, Facebook oder unserer Homepage.

Ein paar Gedanken zum „Danni“ - ein Bericht

Zuerst veröffentlicht unter:
<https://arbeiterinnenmacht.de/2020/12/09/ein-paar-gedanken-zum-danni-ein-bericht/>

Lars Keller

Vorbemerkung: Am 08. Dezember fielen mit dem Barrio „Oben“ die letzten Baumhäuser im „Danni“. Ende November war ich für einige Tage dort gewesen, als noch 4 – 5 Barrios der Rodung standhielten. Dieser Bericht erinnert an diese Zeit.

Woodcracker (Fällgreifer, teils mit Greifersäge) schneiden Bäume, als wären es Grashalme, werfen sie gleich einem Mikadospiel zu Boden. Die Kettensägen der Harvester (Holzvollernter) kreischen. Nach 20 Sekunden ist eine eben noch stattliche Tanne entastet, geschält und zerteilt. Hunderte Cops stehen hinter Bauzäunen und NATO-Draht. Sie gewähren den schweren Forstmaschinen Geleit, haben selbst mächtige Wasserwerfer, Räumpanzer und Teleskopbühnen mitgebracht. Keine 10 Meter von fallenden Fichten entfernt, in 20 Metern Höhe, klammern sich die letzten Baumhäuser und mit ihnen einige Aktivist_Innen des Barrios „Morgen“ an Buchen und Eichen fest, die vermutlich älter sind als alle Menschen, die an ihren Wurzeln stehen.

Der Mensch, der in meiner Hörweite die Parents for Future durch den Wald führt, erklärt: „Laut Gesetz muss bei Baumfällungen die doppelte Baumlänge als Sicherheitsabstand eingehalten werden.“ Es ist offensichtlich, dass Bullen und Baumfäller_Innen darauf scheißen. Ein_E Aktivist_In wird über mir ins Baumhaus geholt. Sie hatte sich außerhalb des Fensters über dem Abgrund festgeklammert, dem SEK den Einsatz schwerer machen wollen. Immerhin: Hier, wo die „Zivilgesellschaft“ sie beobachtet, benehmen sich die Cops einigermaßen. Ich denke an die Geschichten von brutal Weggeschleppten, von getretenen Aktivist_Innen, von im Baumhaus Zusammengeschlagenen und an voreilig oder vorsätzlich zerschnittene Seile, an denen

Menschenleben hingen.

Inhalt im Wald

Vom „Morgen“ aus laufe ich tiefer in den Dannenröder Wald, kraxle durch eine in junge Buchen geschlagene Lichtung, bin bald in „Oben“ angekommen. Hier hatte vor 15 Monaten die Besetzung begonnen, hier wird sie enden. Auf der Suche nach den Inhalten einer heterogenen, anarchistisch dominierten Bewegung stolpere ich durch die Barrios, lese die aufgehängten Transparente. „Carpitalismus“ lese ich irgendwo, mit Anarchie-A – eine Anspielung auf die Macht der kapitalistischen Autoindustrie. Ansonsten finde ich vieles gegen Cops, Kapitalismus, Autobahn und Nazis; Flüche gegen die Grünen, ihren hessischen Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, Al-Wazir, und Bundesverkehrsminister Scheuer gibt's auch. Feminismus, das Leben einer Utopie, die Schönheit des Waldes werden gepriesen.

In „Unterwex“ entdecke ich die auf Stoff gebannte Solidarität mit der kurdischen Bewegung. Sehr selten ist die konkretisierte Form einer Verkehrswende auf den Stoffetzen in den Bäumen zu lesen, lediglich zweimal so was wie „Nahverkehr zum Nulltarif.“ Die Ideen von Enteignung der Verkehrsindustrie, Arbeiter_Innenkontrolle oder demokratisch geplantem Verkehr existieren allenfalls als schwacher, kaum sichtbarer Schimmer in dieser kleiner werdenden Parallelwelt, die sich befreit gibt und an deren Unfreiheit sie der behelmte, knüppelnde bürgerliche Staat doch täglich erinnert.

Dann habe ich den Wald durchquert. 300 m waren es vielleicht noch, die die beiden sich aufeinander zu bewegendenden Schneisen voneinander trennen. Ein paar Cops stehen wie verloren in der überwältigend breiten Rodungsstrecke. Hier wird heute nicht geräumt. Ich denke an die gestrige Kundgebung, vor allem zwei sinngemäße Aussagen des Redners der Deutschen Umwelthilfe wechseln sich mit meinen Gedanken ab:

- „Autobahnen sind nicht mehr zeitgemäß“. Waren sie es denn mal?
Oder gibt es sie viel eher, weil der Individual- und Schwerlastverkehr

dem deutschen Kapital mehr Profite brachte und bringt, als es ein öffentlich organisierter Verkehr je könnte?

Ich denke über diesen Begriff nach: „Zeitgemäß“. Von Fridays for Future bis hierher – das Wort ist populär, obwohl es doch so inhaltsleer ist.

Autobahnen sind gesamtgesellschaftlich irrational. Es bräuchte sie nicht, gäbe es den gut ausgebauten, flächendeckenden Schienenverkehr, gäbe es die nach Bedürfnissen ausgerichtete Produktionsweise und nicht jene nach Profiten zwanghaft lechzende.

Zu sagen, Autobahnen seien „nicht mehr zeitgemäß“, suggeriert doch, dass sie irgendwann mal rational und richtig waren. Damals wie heute machen sie aber nur für den fortwährend beschleunigenden Kapitalismus Sinn, nicht aber für die Menschheit als Ganze.

- „Die Grünen an der Landesregierung haben uns enttäuscht!“ Tjoa. Enttäuscht ist ja nur, wer anderes erwartet hatte.

Durch meine Fantasie läuft der Paradezug der grünen Partei auf einer frisch asphaltierten Autobahn, angeführt von Habeck und Al-Wazir in einem übergewichtigen E-Auto, angetrieben von Illusionen und falschen Hoffnungen tausender Wähler_Innen auf eine konsequente Klimapolitik. Der folgende Aufzug präsentiert protzig Bilder: Kosovo, Afghanistan, Agenda 2010, Stuttgart 21, Hambi holzen. Am Schluss des Zuges folgt eine nie endende Schlange Ruß kotzender Lkws, mit dem Holz des Danni beladen. Reste von Baumhäusern hängen an den Stämmen.

Die Grünen sind eine bürgerliche Partei. Schon längst haben sie die Bewegung hinter sich gelassen, auf deren Rücken sie emporstiegen. Sie machen Politik von und fürs Bürger_Innentum. Nicht für den Danni. Nicht für's Klima. Nein. Sie hoffen auf eine Koalition mit der CDU im Bundestag. Sie machen Politik zuallererst für die bürgerliche Klasse, heißt für deren Eigentum, heißt für deren geheiligte Autoindustrie und streichen sie blassgrün an. All dies heißt: Die A49 wird gebaut (und im Gekreisch der Kettensägen hört man leis': „Aber wir, die Grünen, haben das nie gewollt ... wir können bloß nicht anders.“

Zurück im Wald. Eine Rodungskante wie ein Abgrund. Mittlerweile liegt Schnee. Es ist der nächste Tag. Auf Plattformen, Konstruktionen und Baumhäusern harren Aktivist_Innen der Kälte. Die Gesichter sind bemalt, Hände zerschnitten, mit Sekundenkleber und Glitzerkonfetti unkenntlich gemacht. Für manche hat es auch was von Abenteuer: Das SEK holt dich vom Baum. Benimmst du dich, benimmt es sich hoffentlich auch. Die Bereitschaftscops bringen dich aus dem Wald, durchsuchen dich. Platzverweis, Verstoß gegen das Waldschutzgesetz (welch Ironie). Identität? Verweigert. Sind genug Aktivist_Innen beisammen, fährt ein Bus in die Gefangenensammelstelle (Gesa). Frankfurt. Kassel. Oder woandershin. Kripo durchsuchen dich, versuchen, irgendwas zu deiner Identität rauszukriegen. Fotos. Missglückte Fingerabdrücke ... das Glitzerzeug dürfen sie nicht abscrubben. Nach wenigen Stunden: Freilassung. Dann zurück in den Wald. Aber nicht vergessen: Die Ordnungsmacht kann auch anders.

Für die einen hat es was von einem Spiel, für andere bedeutet die Räumung den Verlust von ein bisschen Zuhause. Die Besetzung ist vieles: Eine scheinbar gelebte anarchistische Utopie, die völlig abhängig ist von der kapitalistischen Außenwelt und der - im Verhältnis zur Masse der Lohnabhängigen - auch relativ privilegierten Stellung eines Teils der Aktivist_Innen. Enthusiastisch sprechen sie, da ist der Danni noch nicht mal gefallen, von Besetzungen in anderen bedrohten Wäldern.

Auch ist das Ganze ein kreativer Protest, der mit bewundernswertem Durchhaltevermögen und Geschick versucht, die Übermacht des Staates zu stoppen. Und klar, über allem schwebt der gegen die bestehende Verkehrspolitik. Aber welche konkrete bräuchte es stattdessen? Und wer soll sie liefern? Diese Antwort scheint großteils anderen überlassen. Ich komme noch darauf zurück.

Und jetzt?

Ich konnte nur ein paar Tage im Wald bleiben. Viele andere waren eine gefühlte Ewigkeit auf den Bäumen oder im Camp am Dorfrand Dannenrods. Seit 40 Jahren kämpft ein Teil der Menschen hier gegen die A49. Ohne deren aufrichtige Unterstützung wäre die Protestform der dauerhaften

Besetzung unmöglich – vor beiden Lagern habe ich allein schon fürs Durchhalten großen Respekt. Ihre drohende Niederlage tut mir leid.

Verkürzt wäre es zudem, die Bewegung auf die Bürger_Inneninitiativen und die Besetzung zu reduzieren. Kinderdemos, Fridays for Future, Ende Gelände, Demos in Berlin, Frankfurt und anderswo sowie Soli-Baumhäuser und (wenig sinnhafte) individualistische Autobahnblockaden in der ganzen Republik rahmen die Proteste gegen Autobahnbau und Verkehrspolitik ein.

Trotzdem fielen tausende Bäume für eine Autobahn. Ist denn ein Sieg unmöglich? Ich glaube nicht. Vielmehr fehlt der Bewegung Entscheidendes, etwas, das nicht durch Kreativität und Durchhalten ersetzt werden kann. Es braucht eine konkrete Perspektive, anstatt auf Instagram zu jammern, dass der Wald so schön sei und nun kaputt gemacht wird.

Was heißt das?

Einerseits die Bewegung lokal vertiefend zu verankern, nicht nur in Form von Bürger_Inneninitiativen, sondern auch in Betrieben wie Ferrero Stadallendorf oder MHI-Steine Nieder-Ofleiden (Stadtteil von Homberg im mittelhessischen Vogelsbergkreis), wo der Schotter für die A49 herkommt. Die hier Arbeitenden könnten bspw. für „Gleise statt Autobahn“ gewonnen werden, ebenso wie jene von STRABAG. Ein politischer Streik mit Besetzung der Baustelle durch diese Belegschaften wäre vielfach effektiver als Sitzblockaden vor den Werkstoren.

Andererseits muss die bundesweite Umweltbewegung ebenso auf die Arbeiter_Innenklasse zugehen. Tausende Jobstreichungen, Gehaltsverluste und Abwälzen der Krisenkosten auf die Beschäftigten stehen hier an. Warum das nicht nutzen und aus der Umweltbewegung den Startpunkt einer Antikrisenbewegung machen?

Warum nicht sagen: „Die Reichen, die Konzerne und Industrien sollen für die Krise zahlen!“? Keine Entlassung wegen Wirtschaftskrise oder Verkehrswende! Stattdessen: Massive Besteuerung der Gewinne von klimaschädlichen Produktionen, kostenloser Nah- und Berufsverkehr für alle, Umstellung der Produktion auf medizinische Ausrüstung und klimaneutrale

Verkehrskonzepte, demokratisch kontrolliert durch die Arbeiter_Innenklasse selbst! Für politische Massestreiks bis hin zum Generalstreik, um dies durchzusetzen!

Natürlich wäre die Entwicklung einer solchen Perspektive etwas in der Bewegung heiß Diskutiertes. Gut so! Nicht zu diskutieren, heißt, die Verkehrspolitik in den Händen von Regierung und Staat zu belassen.

Mich des Erlebten im Danni erinnernd, blicke ich auf dem Heimweg aus dem Fenster der Regionalbahn. Anstatt an die Utopie einer in Bäume gezimmerten Parallelwelt zu glauben, tagträume ich von flächendeckendem kostenlosem Nahverkehr und gut ausgebauten Schienennetzen: Stadtallendorfer Pralinen werden wesentlich mit Güterzügen transportiert, Verkehrswege und Wohnraum werden reorganisiert, entflochten.

Die Verkehrsindustrie und Transportunternehmen sind enteignet, Arbeiter_Innen haben die Kontrolle übernommen, setzen eine demokratisch von ihnen selbst geplante ökologisch sinnvolle Notumstellung der Produktion um. Die Arbeitszeit ist bei vollem Lohn auf 30 Stunden in der Woche reduziert, die gesellschaftlich notwendige Arbeit wird auf alle verteilt. Scheuer, Al-Wazir und die Bosse von DEGES, VW und Co. wurden aus ihren Ämtern gejagt. Ihr Staat existiert nicht mehr. Nun forsten sie die Schneise eines Waldes auf eigene Kosten und mit eigener Arbeitskraft wieder auf. Minibagger und Gießkanne statt Dienstwagen und Krawatte heißt das Programm ...

Eine Zugbegleiterin weckt mich, fragt nach meinem Ticket. 10 Minuten später habe ich ein Schwarzfahrerticket, 60 Euro, mein Fahrschein sei ungültig. Ein Anruf beim Kundendienst des Verkehrsverbundes beweist mir, dass dessen Angestellte selbst keine Ahnung von den Tarifbestimmungen haben. Sauer lege ich auf. Höchste Eisenbahn, diese antikapitalistische Verkehrswende!

Jugendkämpfe International. Warum braucht es eine neue Jugendinternationale?

Aktuelle Krisenperiode

Die Corona-Pandemie verschärft die wirtschaftliche Krise, in der wir uns befinden. Gleichzeitig schafft die Politik der Herrschenden das Potential für den Widerstand der Jugend. Viele Länder nutzen die Situation momentan aus, um unbeliebte Gesetze durchzubringen und ihren Ausbau zu einem undemokratischen System weiter fortzusetzen. Das reicht von autoritären Maßnahmen, die in fast jedem EU-Land zum „Bekämpfen der Coronakrise“ umgesetzt werden bis hin zu Ländern wie Polen und Ungarn, die die besondere Zeit nutzen um frauenfeindliche Gesetzgebungen durchzuwinken (Polen) oder sogar Notstandsmaßnahmen verordnen, die de facto die Alleinregierung einer Partei ermöglichen würden (Ungarn).

Wie betrifft die aktuelle Situation die Jugend?

Jugendliche werden heutzutage ohne wirkliche Perspektiven auf einen sicheren Job, oder ein gutes Leben groß. Sie bekommen die Auswirkungen der letzten Krisen oft stärker zu spüren als ihre Eltern, neoliberale Sparpolitik und anhaltende Ausbeutung der halbkolonialen Länder ruinieren bis heute ihre Zukunft.

Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich seit der Krise 2008 noch nicht wirklich erholt. Nach Zahlen der International Labour Organization (ILO, Stand 2019) gibt es 1.3 Milliarden Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren. Davon sind 41% Teil des Arbeitskräftepotenzials (labour force), von denen 429 Millionen

arbeiten und 68 Millionen arbeitslos sind. 30% derjenigen die arbeiten leben in extremer oder moderater Armut und 77% arbeiten unter prekären Umständen. Die momentane Krise verschärft diesen Trend immens. In der ersten Welle ist in Deutschland zum Beispiel die Jugendarbeitslosigkeit von 190.000 innerhalb eines Jahres aufgrund der Corona-Krise auf 275.000 gestiegen, geschätzte 40% der Studierenden haben ihre Jobs verloren. Während der ersten Welle ist in Österreich die Jugendarbeitslosigkeit um 110 Prozent und die Anzahl der Lehrstellensuchenden um 55% gestiegen. Jugendliche sind die ersten, die ihre Jobs verlieren (Schließlich sind sie meistens noch nicht so lange dabei und haben selten eine starke gewerkschaftliche Vertretung), auf der anderen Seite sind auch viele noch in Ausbildung, was den Versuch in der Wirtschaftskrise erstmals einen Job zu finden, stark erschwert. Wie sich diese Entwicklungen in der jetzigen zweiten Welle gestalten werden, kann an dieser Stelle nur mit düsterer Vorahnung vermutet werden.

In den USA machten Jugendliche zwischen Februar und April ein Drittel der Arbeitslosen aus, obwohl sie nur ein Viertel des Arbeitskräftepotenzials ausmachen. Zwar scheinen sich die Zahlen in den USA wieder etwas normalisiert zu haben, nachdem sie anfangs sehr krass anstiegen, ein Grund dafür ist aber sicher auch, dass viele Jugendlichen aus der Gruppe der Arbeitssuchenden herausfielen. Im Juni waren 28% der 16-24 jährigen weder in Ausbildung noch in einem Arbeitsverhältnis. Im Juli wohnten mehr als 50% der 18-29 jährigen (wieder) bei ihren Eltern. Auch wenn Arbeitslosenzahlen stark fluktuieren können, ist klar, dass ein Land, in dem sich Jugendliche enorm verschulden müssen, um eine Ausbildung zu erlangen, keine gute Perspektive für junge Menschen liefert. ,

Es gibt Prognosen, die bis 2021 90.1 Millionen(!) Arbeitslose in Ostasien erwarten, was zum Großteil auf die ärmeren Regionen und Länder verteilt sein wird, für die auch die durch die Corona Krise bedingten Einschränkungen der

Migration Jobverlust bedeutet. Die Situation halbkolonialer bzw. kolonialer Länder, die auch davor extrem angespannt war, was Jugendarbeitslosigkeit angeht, wird sich noch drastischer zuspitzen, speziell in Ländern in denen die Aus- bzw. Nachwirkungen der Apartheid noch klar spürbar sind. Im Gazastreifen lag die Jugendarbeitslosigkeit vor der Krise bereits bei ungefähr 60%, in Lesotho bei 33%.

Aber die schlechten Job- und Ausbildungsmöglichkeiten sind für Viele nur die Spitze des Eisbergs. Fast die Hälfte aller Menschen, die sich momentan auf der Flucht befinden sind Minderjährige. Sie müssen vor dem sicheren Tod fliehen, nur um an den Außengrenzen Europas unmenschlichen Hygienebedingungen, Hunger und (oftmals sexualisierter) Gewalt ausgesetzt zu sein.

Für die Unabhängigkeit der Jugend!

Die Jugend hat oft eine spezielle Rolle in politisch-fortschrittlichen Kämpfen. Sie ist nicht desillusioniert von vergangenen Kämpfen, hat mehr Zeit und Energie, um die Situation selbst in die Hand zu nehmen und zu ändern und bekommt viel der tagtäglichen Ungerechtigkeiten am eigenen Leib zu spüren. Zwar sind Jugendliche keine einheitliche Klasse, sondern oft vielmehr geprägt von den Klassenverhältnissen ihrer Eltern, es ist aber ein enormer Vorteil sie für die Anliegen und Interessen der Arbeitenden Klasse zu gewinnen, schließlich ist ein relevanter Teil von ihnen das zukünftige revolutionäre Subjekt und lernt schließlich auch am Besten aus den eigenen Fehlern. Es ist notwendig sie schon früh für revolutionäre Politik zu gewinnen. Genau deswegen ist die gesonderte Organisation der Jugend zentral. Es macht oft keinen Sinn, sie in dieselben Strukturen einzubinden, die von älteren Generationen dominiert werden und Jugendlichen (wie auch in der Schule und Zuhause) nicht dieselben Möglichkeiten bieten politisch zu wachsen. Politische, organisatorische und finanzielle

Unabhängigkeit der revolutionären Jugendorganisation sind wichtig, um einen gemeinsamen Kampf der Arbeiter*innen und der Jugend gegen das Kapital zu organisieren. Wir wollen über den Aufbau einer revolutionären Jugendorganisation den Schulterschluss mit den Arbeiter*innen aller Länder suchen und im Endeffekt dabei helfen eine revolutionäre Weltpartei der Arbeitenden und der Jugend aufzubauen.

In welchen Kämpfen war die Jugend im letzten Jahr involviert?

Wir haben als wohl wichtigste Anknüpfungspunkte die Kämpfe gegen politische Regime und Regierungen. Das sind auf keinen Fall Bewegungen, die ausschließlich von Jugendlichen getragen werden, aber viele starten auf den Schultern von jugendlichen Menschen. In Chile fing die Bewegung, die sich gegen Pineros neoliberale Politik stellte, mit den Protesten von jungen Menschen gegen die Erhöhung der Ticketpreise an. In der Bewegung spielen bis heute die studentischen Vereinigungen und Organisationen eine maßgebliche Rolle in der Organisation. Die Proteste in Hong-Kong, die zwar nicht über demokratische Forderungen hinaus kamen, aber dennoch eine Reihe von sich radikalisierenden Elementen eine Stimme gaben, werden durchwegs als eine sehr junge Bewegung beschrieben.

Genauso ist das erneute mächtige Aufkommen der Black-Lives-Matter Bewegung eine wichtige Entwicklung für die kommenden Kämpfe der Jugend. Eine starke, antirassistische Perspektive, die sich mit fundamentaler Kritik an Organen der Klassenunterdrückung entlädt, so wie es angefangen mit den USA in vielen Ländern passierte, ist eine wichtige Entwicklung für den Klassenkampf. Auch in Nigeria gab es in letzter Zeit Massenproteste gegen die Polizei, insbesondere ihre SARS Spezialeinheit, die besonders stark von Jugendlichen getragen wurde.

Auch in Bewegungen, die etwas

weniger starke Resonanz erzeugte, erkämpft sich die Jugend einen Platz. Es ist keine Überraschung, dass „linke“ Sozialdemokrat*innen wie Jeremy Corbyn in Großbritannien oder Bernie Sanders in den USA (wobei Letzterer noch einmal moderater ist als der Erste) eine große Befürwortung innerhalb der Jugend genossen und für viele junge Menschen auch der Auslöser zur Organisierung untereinander waren. Die Niederlage und der Verrat (wie in der Sozialdemokratie nicht unüblich) dieser beiden Männer, wenn auch für viele sehr enttäuschend, kann nicht darüber wegtäuschen, das Jugendliche bereit für sozialistischen Alternativen sind und auch bereit sind für sie zu kämpfen.

Als die größte internationale Jugendbewegung unserer Zeit wollen wir uns auch mit der Umweltbewegung Fridays for Future (im Folgenden FFF) beschäftigen. Da Jugendliche von den zunehmenden Auswirkungen der Umweltzerstörung des Kapitalismus besonders betroffen sein werden, verlangen sie berechtigterweise die Umweltpolitik mitbestimmen zu können. Den Weg der Lösung der Umweltfrage sah FFF vor allem darin die Regierungen zu bitten die Ziele des Pariser Klimaabkommens umzusetzen. Dies ist problematisch, da das Pariser Abkommen in Bezug auf die Reduktion der Treibhausgasemission und auf das Thema der Umweltverschmutzung unzureichend ist. FFF versteht zudem nicht, dass die Regierungen auf der Seite der kapitalistischen Unternehmen stehen, die aus der Zerstörung der Umwelt Profit schöpfen. Wir Lohnarbeiter_Innen haben dagegen ein uneingeschränktes Interesse die Erde für uns auf Dauer bewohnbar zu machen. Die Umweltfrage ist also eine Klassenfrage, was FFF jedoch leugnet und stattdessen eine kleinbürgerliche Politik vertritt. Internationale Schulstreiks konnte die Regierungen zudem nicht zur Änderung ihrer Politik zwingen. Die Politik der Bewegung ist damit faktisch gescheitert. Es wäre notwendig die Bewegung politisch und praktisch zu radikalisieren und die Streiks auf die gesamte Arbeiter_Innenklasse auszuweiten. So können die

Regierungen und das Kapital dort getroffen werden, wo es wirklich wehtut: Beim Profit. Zudem ist eine umweltfreundliche Reorganisierung der Wirtschaft und Gesellschaft nur mit der Macht der Beschäftigten aus den jeweiligen Branchen denkbar. Nur dadurch kann der Umweltbewegung wieder neues Leben eingehaucht und das gewaltige Engagement der Jugend in politische Siege verwandelt werden.

Was brauchen wir deswegen?

Dass Kämpfe, die international geführt werden auch leichter gewonnen werden liegt auf der Hand. Doch unser Internationalismus ist nicht nur in der Kraft der internationalen Solidarität der Ausgebeuteten und Unterdrückten begründet. Für uns ist es auch eine zentrale Einsicht, dass in einem kapitalistischen Weltsystem keine Bewegung dauerhaft isolierte Erfolge erzielen kann, wenn es ihr nicht gelingt Verbündete in anderen Ländern zu finden. Der „Sozialismus in einem Land“ ist im 21. Jahrhundert, dem Zeitalter der Globalisierung, noch deutlich illusorischer als er es im 20. Jahrhundert war – gleichzeitig sind aber durch die internationalisierten Produktionsketten und den enormen Fortschritt in der Geschwindigkeit des Austausches und der Kommunikation die Bedingungen für internationale Solidarität um einiges einfacher geworden. Antworten auf diese Fragen und wie die Kämpfe zu gewinnen sind, können wir nur ausreichend beantworten, wenn wir an allen Orten der Welt die fortschrittlichsten Jugendlichen organisieren und für die Perspektive des antikapitalistischen Kampfes gewinnen.

Wie organisiert man aber gemeinsam solche Kämpfe und wie können wir in Zukunft global agieren? Wir von REVOLUTION stehen für den Aufbau einer neuen Jugendinternationale nach dem Vorbild der sozialistischen Jugendinternationale, die 1907 gegründet wurde. Ein Zusammenschluss von kommunistischen Jugendorganisationen, die auf der Basis eines gemeinsamen Programms weltweit gegen Imperialismus bzw. Kapitalismus kämpfen.

Solidarität mit dem Generalstreik der indischen Gewerkschaften!

Zuerst veröffentlicht am 26. November 2020 unter:
<https://arbeiterinnenmacht.de/2020/11/26/solidaritaet-mit-dem-generalstreik-der-indischen-gewerkschaften/>

Martin Suchanek

Seit dem Morgen des 26. November erfasst ein weiterer Generalstreik Indien. Die Gewerkschaften rechnen mit bis zu 250 Millionen TeilnehmerInnen. Begleitet wird die Arbeitsniederlegung außerdem von Massenaktionen von Bauern/Bäuerinnen und LandarbeiterInnen gegen neue drakonische Gesetze, die Farm Laws, die die Arbeit auf dem Land (de)regulieren sollen.

Zur Vorbereitung und Durchführung des Generalstreik haben sich zahlreiche landesweite Verbände und regionale Organisationen in der Joint Platform of Central Trade Unions (CTUs; Vereinigte Plattform der Gewerkschaftszentralen) zusammengeschlossen.

Diese besteht aus folgenden Verbänden Indian National Trade Union Congress (INTUC), All India Trade Union Congress (AITUC), Hind Mazdoor Sabha (HMS), Centre of Indian Trade Unions (CITU), All India United Trade Union Centre (AIUTUC), Trade Union Coordination Centre (TUCC), Self-Employed Women's Association (SEWA), All India Central Council of Trade Unions (AICCTU), Labour Progressive Federation (LPF) und United Trade Union Congress (UTUC). Politisch repräsentieren sie das volle Spektrum von der bürgerlich-nationalistischen Kongresspartei nahestehenden Verbänden über die den kommunistischen Parteien

verbundenen bis hin zu unabhängigen, teilweise radikaleren klassenkämpferischen Organisationen. Wenig überraschend fehlt mit Bharatiya Mazdoor Sangh (BMS), der „gewerkschaftliche“ Arm der regierenden, hinduchauvinistischen Bharatiya Janata Party (Indische Volkspartei; BJP), die sich faktisch wieder einmal als gelber Verband von StreikbrecherInnen betätigt.

Historischer Angriff

Der Generalstreik am 26. November richtete sich – wie schon jene der letzten Jahre, die mehr als 100 Millionen Lohnabhängige mobilisieren konnten – gegen einen fundamentalen Angriff durch die KapitalistInnenklasse und die Modi-Regierung. Die Regierung brachte seit 2019 vier neue Arbeitsgesetze in die Lok Sabha (Parlament) ein, die 44 bisher gültige ersetzen sollen. Im Grunde sollen damit die Überreste der Beziehungen zwischen Kapital und Lohnarbeit, wie sie nach der Unabhängigkeit Indiens etabliert wurden, endgültig beiseitegeschoben werden. Dieser Prozess begann zwar mit der neoliberalen Wende der Kongress-Partei und der Öffnung der indischen Wirtschaft nach 1980, beschleunigte sich jedoch seit dem Ausbruch der globalen Krise 2007 und der Regierungsübernahme der hindu-chauvinistischen Bharatiya Janata Party (BJP) 2014. Das ist auch der Grund, warum sich entscheidende Fraktionen des Großkapitals vom Kongress, der traditionellen Partei der indischen Bourgeoisie, abwandten und, ähnlich den imperialistischen Großunternehmen, in der BJP die verlässliche Sachwalterin ihrer Interessen sehen.

Die Ideologie des Hindutva, nach der Indien ausschließlich den Hindus gehöre und in der religiöse Minderheiten wie Muslime, Indigene, die „unteren“ Kasten, Frauen und sexuelle Minderheiten BürgerInnen zweiter Klasse sein sollen, bildet den Kitt, um große Teile der Mittelschichten, des KleinbürgerInnentums und rückständige ArbeiterInnen vor den Karren des Kapitals zu spannen. Die „größte Demokratie der Welt“ bildet die Fassade für die zunehmend autoritäre, bonapartistische Herrschaftsform des Regimes Modi, das sich dabei auf extrem reaktionäre und auf faschistische Massenorganisationen stützen kann. In den letzten Jahren

forcierte sie die Angriffe auf demokratische Rechte und ging brutal gegen Proteste vor, die sich gegen die nationalistische „Reform“ der Melde- und Staatsbürgerschaft richteten. Vielerorts, wie in Delhi provozierten Parteiführer der BJP Pogrome gegen Muslime und Protestierende. Indien annektierte Kaschmir und beendete dessen formal autonomen Status endgültig. Die „Reform“ der Arbeitsgesetze stellt ein, wenn nicht das klassenpolitische Kernstück der Politik der Modi-Regierung dar. Hier nur einige zentrale Aspekte:

- Das neue Arbeitsgesetz erlaubt die fristlose Entlassung ohne weitere Angabe von Gründen und ohne Zustimmung der Behörden von bis zu 300 Beschäftigten. Bisher war diese Zahl auf 100 ArbeiterInnen festgelegt. Dies schafft wichtige Beschränkungen der Unternehmenswillkür in Klein- und Mittelbetrieben ab, die in den letzten Jahren ebenfalls zunahm.
- Das Fabrikgesetz von 1948 galt bislang für alle Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten, sofern sie mit Elektrizität versorgt wurden, und für alle mit mehr als 20, die diese nicht haben. Jetzt werden diese Zahlen verdoppelt, auf 20 bzw. 40 Beschäftigte.
- Diese Methode durchzieht zahlreiche andere Bestimmungen der neuen Arbeitsgesetze. Die Mindestzahl an regulär Beschäftigten, ab denen sie überhaupt erst gelten, wurde deutlich erhöht, oft auf das Doppelte oder Dreifache der ursprünglichen Zahl. Dies betrifft insbesondere Mindeststandards für Arbeitssicherheit.
- Erhöht wurde außerdem die Quote für LeiharbeiterInnen unter den Beschäftigten.

All diese Maßnahmen zielen auf die Ausweitung der UnternehmerInnenfreiheit. Die weitgehende Entrechtung, die schon heute die Lage eines großen Teils der indischen ArbeiterInnenklasse prägt, der

in verschiedene Formen der Kontraktarbeit (wie Tagelöhnerei, Leiharbeit, prekäre Beschäftigung, ...) gezwungen wird, soll weiter ausgedehnt werden. Auch bisher „regulär“ Beschäftigte sollen von ihr erfasst werden.

Zugleich werfen diese Maßnahmen auch ein bezeichnendes Licht auf das Geschäftsmodell des indischen Kapitalismus. Die vom Weltmarkt und den internationalen Finanzmärkten abhängige halbkoloniale Ökonomie kann die Profitabilität der wachsenden kleineren Kapitale nur sichern, wenn diese weiter die Arbeitskräfte extrem ausbeuten, also unter ihren Reproduktionskosten kaufen und verwerten können. Ansonsten sind sie nicht in der Lage, sich auf dem Markt zu halten, die Vorgaben von Konkurrenzbedingungen, die das multinationale Großkapital aus den imperialistischen Ländern diktiert, zu erfüllen. Zugleich begünstigt diese Form der Überausbeutung auch die indischen Großkonzerne, die ihrerseits um größere Anteile am Weltmarkt ringen.

Diese Ausweitung selbst erschwert schon die Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Organisation massiv, die durch neue legale Einschränkungen zusätzlich eingeschränkt werden sollen.

Ergänzt werden die Angriffe auf die Arbeitsgesetze auch durch drastische Verschlechterungen für die Landbevölkerung, also für die ärmsten Schichten der Bauern und Bäuerinnen sowie für LandarbeiterInnen. Das ist auch der Grund, warum das All India Kisan Sangharsh Coordination Committee (AIKSCC) den Generalstreik unterstützt und mit Aktionstagen am 26. und 27. November verbindet.

Über die Forderung nach Abschaffung der gesamten reaktionären Reformen des Arbeitsgesetzes hinaus verlangen die Gewerkschaften außerdem eine monatliche staatliche Unterstützung von 7.500 Rupien (rund 85 Euro) für alle Familien, die keine Einkommenssteuer zahlen müssen, sowie 10 Kilogramm kostenloser Lebensmittel für alle Bedürftigen. Diese und ähnliche Forderungen verdeutlichen, dass die Corona-Pandemie und die kapitalistische Krise Millionen ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen in Not und Elend stürzen, sie gegen Armut, Hunger und Tod ankämpfen

müssen.

Internationale Solidarität und Perspektive

Der Generalstreik der indischen Gewerkschaften erfordert unsere Solidarität – und zwar weltweit.

Zugleich macht er aber – gerade vor dem Hintergrund etlicher Massenstreiks der letzten Jahre – deutlich, dass die ArbeiterInnenbewegung und alle Bewegungen von Unterdrückten gegen das Hindutva-Regime eine Strategie brauchen, die über beeindruckende, aber auch nur auf einen Tag beschränkte Aktionen hinausgeht. Die Regierung Modi wird sich davon nicht stoppen lassen. Das haben die letzten Jahre gezeigt. Wie die letzten Monate verdeutlicht haben, wird sie auch die Pandemie und die Krise zu nutzen versuchen, weitere Angriffe durchzuziehen.

Es geht daher darum, dem permanenten Angriff einen permanenten Widerstandskampf entgegenzusetzen – auf den eintägigen Generalstreik einen unbefristeten gegen die Arbeitsgesetze und für ein Mindesteinkommen und Mindestlohn für alle in Stadt und Land vorzubereiten und durchzuführen.

Die Koordinierung der Gewerkschaften und BäuerInnenorganisationen muss sich einer solchen Aufgabe stellen und zur Bildung von Aktionskomitees in den Betrieben, den Stadtteilen, in den Gemeinden und auf dem Land aufrufen, also Kampforgane bilden, die alle Schichten der Lohnabhängigen und der Klein- und MittelbäuerInnen einschließen, unabhängig von Religion, Nationalität, Kaste, Geschlecht oder sexueller Orientierung.

Angesichts der staatlichen Repression und der reaktionären hinduchauvinistischen Verbände müsste ein solcher Streik auch Selbstverteidigungsstrukturen aufbauen.

Ein politischer Generalstreik, der das Land dauerhaft lahmlegt, würde unwillkürlich die Machtfrage aufwerfen – und somit auch die Möglichkeit

und die Notwendigkeit, vom Abwehrkampf zur Offensive überzugehen. Diese erfordert freilich mehr als nur gewerkschaftlichen Widerstand. Sie erfordert die Verbindung dieses Kampfes mit dem gegen alle Formen der Unterdrückung, die Verbindung des Kampfes gegen die BJP-Regierung mit dem gegen den Kapitalismus, den Aufbau einer revolutionären politischen Partei der ArbeiterInnenklasse, die sich auf ein Programm von Übergangsforderungen stützt und die für eine ArbeiterInnen- und BäuerInnenregierung kämpft, die eine Räteherrschaft errichtet, das Großkapital enteignet und eine demokratische Planwirtschaft einführt.

Zur Zeit existiert keine politische Kraft in Indien, die ein solches Programm vertritt. Die verschiedenen kommunistischen Parteien haben sich vom revolutionären Sturz des Kapitalismus faktisch schon lange verabschiedet, die radikale Linke ist zersplittert und oft desorientiert. Die politische Krise zu überwinden, erfordert daher nicht nur die Unterstützung der Mobilisierungen der ArbeiterInnenklasse und sozialen Bewegungen. Alle, die nach einer sozialistischen und internationalistischen Antwort suchen, stehen auch vor der Aufgabe, in Diskussion um die programmatischen Grundlagen einer revolutionären Partei zu treten und deren Aufbau in Angriff zu nehmen.

Der Abschluss für den Öffentlichen Dienst und die Linke

zuerst veröffentlicht am 21.11 unter:
<https://arbeiterinnenmacht.de/2020/11/21/der-abschluss-fuer-den-oeffentliche-n-dienst-und-die-linke/>

Mattis Molde

Die erste große Tarifrunde nach Beginn der Pandemie und der Vertiefung der Wirtschaftskrise ist vorbei. Der öffentliche Dienst hat Maßstäbe auch für die nächsten Runden gesetzt. Aber es ging nicht nur um die ökonomischen Verkaufsbedingungen der Ware Arbeitskraft. Es ging um mehr. Es ging darum, wie sich die Arbeiter_Innenklasse politisch aufstellt in einer entscheidenden historischen Phase, in der sich eine Krise des kapitalistischen Systems entfaltet, die tiefer und länger zu werden verspricht als die vor 10 Jahren, ja jetzt schon mit der von 1931 verglichen wird. Die begleitet ist von Krisen der politischen Systeme nicht nur in Halbkolonien, sondern auch in den Zentren der Macht wie in den USA und der EU. Die dominiert wird von rechten Massenmobilisierungen und Wahlerfolgen, in der es aber auch Gegenbewegungen gibt.

Ausverkauf

Das Kapital und sein Staat haben sich in dieser Tarifrunde von Anfang an klar positioniert. Das war zu erwarten. Die ver.di-Führung ignorierte das anfangs trotzdem und streute ihren Mitgliedern Sand in die Augen, als sie von einer „Politik der ausgestreckten Hand“ schwadronierte. Als diese Vorgangsweise scheiterte, erklärte sie es zum Ziel der Warnstreiks, dass die Arbeit„geber“_Innen „endlich ein Angebot vorlegen“. Die Forderung von 4,8 % mit einer Laufzeit von einem Jahr war damit schon unauffällig ersetzt. Entsprechend haben die Spitzenverhändler_Innen das „respektlose“ erste Angebot der Arbeit„geber“_Innenverbände in der letzten Verhandlung nur durch Umverteilung unter den Beschäftigten modifiziert, im Volumen kaum erhöht und dann zu „respektabel“ umgetauft. Diese Einschätzung macht nur dann einen Sinn, wenn man einen Streik von vorneherein ausschließt, wie es offensichtlich die ver.di-Führung getan hat, und noch nicht einmal eine Streikvorbereitung als Drohpotential aufbaut. Das macht diese Niederlage zur Kapitulation. Das haben wir an anderer Stelle ausführlich dargelegt. Eine Niederlage zu erleiden, ist eine Sache, eine andere, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen.

Viele linke Gruppen und Personen haben das Ergebnis analysiert und fast alle kommen zum Schluss, dass es ein schwacher Abschluss war, der meilenweit von der Forderung entfernt war. Aber die meisten betonen, dass

immerhin weitergehende Angriffe auf die Beschäftigten abgewehrt worden seien. So titelt die SAV: „Angriff abgewehrt, Gegenoffensive verpasst“. Ähnlich sieht das Olaf Harms in der UZ „Licht und Schatten“. Die Sol (Sozialistische Organisation Solidarität) meint: „Kampfkraft nicht genutzt“ und „ernüchterndes Ergebnis“. Auch RIO nennt das Ergebnis „mager“. Die Rote Fahne schreibt „das Ergebnis: ein fauler Kompromiss, weil die volle gewerkschaftliche Kampfkraft nicht eingesetzt wurde“.

Apparat

Alle diese Einschätzungen sind näher an der Realität als die selbstgefällige Lobhudelei, die ver.di selbst verbreitet. Letztere wird nicht besser dadurch, dass ein Teil der Mitglieder das Einknicken der Verhandlungsführung unterstützte oder keine Alternative dazu sah. Aber sehr viele protestieren auch gegen diesen Abschluss auf Webseiten von ver.di oder in öffentlichen Medien. Aus den Kreisen der vielen Gewerkschaftssekretär_Innen, von denen etliche in linken Organisationen wie DIE LINKE, IL oder marx21 politisch organisiert sind, ist kein Anflug einer Kritik zu hören, alle tragen brav die Entscheidung mit. Sie verwechseln die Disziplin innerhalb einer Arbeiter_Innenorganisation, beschlossene Aktionen auch gemeinsam durchzuführen, mit einer innerhalb eines Apparates gegen diese Organisation: In einer Phase, in der ein Abschluss diskutiert werden soll, vertreten diese „Hauptamtlichen“, wie sie sich selber nennen, die Linie der Spitze und bekämpfen die Kritik, die von der Basis geäußert wird. Das Gleiche gilt für die breite Masse der betrieblichen Spitzenfunktionär_Innen, der sogenannten Ehrenamtlichen, der linken wie der rechten.

Diese Einstellung der „Linken“ in der Struktur von ver.di ist verheerend. Sie führt erstens dazu, dass sich die Kritik aus der Basis nicht wirklich innerhalb der Gewerkschaft ausdrücken kann. Diejenigen, die innerhalb der Strukturen Funktionen innehaben, weigern sich, sich zum Sprachrohr der Kritik zu machen. Sie überlassen die Basis sich selbst und sind hauptverantwortlich dafür, wenn jetzt gerade kritische Kolleg_Innen den Laden verlassen. Zweitens sind damit auch die nächsten Niederlagen vorprogrammiert. Dies wird innerhalb von ver.di vor allem der ÖPNV sein mit den Tarifverträgen Nahverkehr. Für die ganzen schlechter und schwächer organisierten

Beschäftigtengruppen ist das Signal, das ver.di gegeben hat, eine wirkliche Entmutigung.

Diese Verweigerung der Linken im ver.di-Apparat, sich zum Sprachrohr der kritischen Teile der Gewerkschaftsbasis zu machen, wird übrigens voll auch von der Partei DIE LINKE getragen. Der Vorstand hat bisher kein einziges Wort der Kritik veröffentlicht und damit gezeigt, dass die Partei in dieser Frage als Wasserträgerin des reformistischen ver.di-Apparates fungiert und null Unterschied zur SPD darstellt. Auf unterer Ebene der Linkspartei gab es kritiklosen Jubel (Niedersachsen), leichte Kritik (z. B. Oberhausen), aber auch kommunale MandatsträgerInnen, die sich von Anfang an mit Blick auf ihre Gemeindefinanzen gegen die Forderungen gestellt hatten.

Zurückbleiben

Aber auch die Gruppen und Organisationen, die Kritik an dem Abschluss üben, müssen sich fragen, ob ihre Antworten ausreichend sind. So ist das Bemühen, dem Abschluss noch etwas Gutes abzugewinnen, mehrfach problematisch: Erstens führt es zu falschen oder unzureichenden Schlussfolgerungen bezüglich der betroffenen Kolleg_Innen. Zweitens zu falschen Perspektiven für die weiteren Tarifrunden und alle Abwehrkämpfe gegen die Krise.

Erstens gehört es zum ABC jeglicher Verhandlung auf jeglichem Gebiet, dass auch weitergehende Forderungen aufgestellt werden, auf die im Laufe der Verhandlungen verzichtet werden kann. Frank Werneke beispielsweise hat ja sehr offen zum Thema Laufzeit erklärt, dass die Forderung nach einem Jahr nie ernst gemeint gewesen sei, „weil da ja dann Bundestagswahl“ wäre. Warum das nicht gehe, ist damit noch nicht erklärt, aber anschaulich dargestellt, wie die Spitzen der Bürokratie zur „demokratischen Beschlüssen“ stehen. Natürlich stellt auch die andere Seite weitergehende Forderungen als Verhandlungsmasse auf. Linke sollten daraus lernen, nicht Scheinerfolge zu preisen oder kleine Lichter im großen Schatten auszumachen.

Zum Zweiten ist es eine sehr gängige Methode bei Tarifabschlüssen, diese

möglichst nicht nachrechenbar zu gestalten: Tarifierhöhungen, die in die Lohnstruktur eingehen, werden mit Einmalzahlungen vermengt. Gerne können einzelne Positionen in einzelnen Bereichen zeitlich verschoben, manchmal können bestehende Zahlungen angerechnet werden. Das Ganze dann unterschieden nach Einkommenshöhe usw. Das lässt jede Menge Spielraum für Schönrechnerei.

Ver.di hat diesmal vor allem auf den Trick gesetzt, die Minderheit der Beschäftigten in Krankenhäusern besserzustellen gegenüber allen anderen, die Reallohnverlust erleiden werden.

Die Krankenhausbeschäftigten, die noch im öffentlichen Dienst arbeiten und für die der Tarif gilt, stellen übrigens auch nur die Minderheit der Gesamtbeschäftigten in diesem Sektor dar. Ver.di hat also als Preis für diese Abschlusskosmetik mit einer neuen Spaltungslinie bezahlt, mit einem hohen Frust bei der Masse der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und besonders bei denen, die an anderer Stelle im Gesundheitswesen arbeiten, zum Beispiel als Rettungssanitäter_Innen oder in den Gesundheitsämtern.

Es ist also ein Fehler für Linke, dies mit dem reinen Geldbeutelblick zu analysieren und als „gut für die einen, schlecht für die anderen“ zu befinden. Die Spaltung schwächt die gesamte Klasse, auch diejenigen, die noch ein paar Rosinen abbekommen. Sie ist vor allem schlecht in einer Zeit, in der die Klasse als Ganzes angegriffen wird und zwar nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch, wo dieser Angriff vom bürgerlichen Staat organisiert wird, aber auch von rechten PopulistInnen. Heute, wo es so bitter nötig ist, dass wir die Perspektive „uns als Klasse gemeinsam gegen Kapital und Staat zu wehren“ gegen nationalistische und rassistische Demagogie verbreiten, sind der Reallohnverlust und die Entsolidarisierung durch diesen Tarifabschluss politisch verheerend. Sie stellen genauso eine Spaltung der Klasse dar wie die Standortpolitik der IG Metall, die die Beschäftigten dazu erzieht, ihre Interessen auf Kosten der Leiharbeiter_Innen und der Kolleg_Innen bei der Konkurrenz im eigenen Konzern, in anderen Unternehmen oder in anderen Ländern zu sichern.

Die Halbherzigkeit in der Analyse, das Bemühen, auch da noch Licht zu sehen, wo keines ist, fällt im Grunde auf die Strickmuster der Bürokratie für

Tarifabschlüsse und zugleich auf deren ökonomistische, unpolitische Herangehensweise herein. Das wird dann auch bei Schlussfolgerungen deutlich, die von den meisten Linken gezogen werden. Fast alle weigern sich, eine Niederlage zu erkennen, wo sie stattfindet. Aber aus Niederlagen muss man lernen. Das gilt für Linke ebenso wie für gewerkschaftliche AktivistInnen und die große Masse.

Die entscheidende Antwort auf eine Führung, die bewusst Niederlagen organisiert, ist der Kampf für eine neue!

Kritik von links auf halbem Wege

Dies formuliert am klarsten die VKG: „Festzuhalten ist: Zu einem solch umfassenden Kampf war die Gewerkschaftsführung offenbar nicht bereit, einen solchen wagen sie seit langem nicht mehr zu führen. Und von der Basis her gab es die große Druckwelle nicht, die den Apparat in diese Richtung unter Druck gesetzt hätte. Dies hängt auch damit zusammen, dass auf gesamtgewerkschaftlicher Ebene eine sichtbare klassenkämpferische Strömung fehlt, die für Unentschlossene eine Orientierungshilfe oder Ermutigung hätte sein können. Diese gilt es aufzubauen.“ Leider scheut sich auch diese Erklärung, eine Niederlage als das zu bezeichnen, was sie ist. Unsere GenossInnen im Koordinationskreis der VKG sind hier in der Minderheit geblieben.

Auch die Sol, ebenfalls Teil der VKG, fordert in ihrer Erklärung: „Nun geht es darum, eine kämpferische Opposition innerhalb von ver.di aufzubauen, um zukünftig wirkliche Verbesserungen zu erreichen.“

Die SAV, obwohl auch Teil der VKG, kann sich in ihrer eigenen Erklärung nicht dazu entschließen, eine Opposition in den Gewerkschaften als Perspektive anzugeben. Sie beschränkt sich darauf, von der Gewerkschaftsführung den Bruch mit der Großen Koalition und der SPD zu fordern: „Für eine solche politische Kampagne muss sich die Gewerkschaftsführung aber mit den Parteien in der Großen Koalition im Bund anlegen, anstatt der SPD bei den Wahlen weiter die Treue zu halten.“

Ja, sie kritisiert die ver.di-Führung nur dafür, eine „Gelegenheit verpasst“ zu

haben, „Kämpfe zusammenzuführen und die nötige gesellschaftliche Antwort in diesen Zeiten zu geben und den Widerstand aufzubauen.“ Ob Werneke für solche guten Ratschläge ein offenes Ohr hat?

Olaf Harms in der UZ beschreibt sehr richtig, was politisch nötig wäre: der Kampf gegen Fallpauschalen und Privatisierung sowie für Arbeitszeitverkürzung (AZV): „Es gilt nun nicht nachzulassen, den gestiegenen Kampfgeist auch angesichts der offensichtlichen Widersprüche in dieser Krise zu nutzen, weiter zu diskutieren und zu kämpfen: Für mehr Personal, kürzere Arbeitszeiten und bessere Arbeitsbedingungen. Eine Erhöhung des Personals in den Krankenhäusern ist entsprechend des tatsächlich vorhandenen Bedarfes mittels einer Personalbemessung notwendig. Mit den bestehenden Fallpauschalen ist das nicht zu machen – sie müssen weg. Nach der überfälligen Angleichung der Arbeitszeiten von Ost an West muss endlich die Forderung über eine grundlegende Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich verhandelt werden – 30 Stunden die Woche sind genug. Und es geht um den Kampf gegen Privatisierungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge.“

Aber er verschweigt, dass diese Forderungen und Ziele bewusst von der Führung aus dem Tarifikampf ausgeklammert worden waren: Die AZV war schon ein Beschluss des letzten Gewerkschaftstages. Dass die Privatisierung und die Fallpauschalen angegriffen werden sollten, dafür gab es Beschlüsse vor der Tarifrunde. Die Frage nicht aufzuwerfen, warum die Bürokratie, das verhindern wollte und verhinderte, heißt letztlich, deren Politik abzudecken und den Basisaktivist_Innen zu raten, einfach tapfer weiterzukämpfen, so wie es auch die reformistischen Führer_Innen der Gewerkschaften immer nach Niederlagen tun.

Auch RIO greift in ihrer ersten Stellungnahme einen richtigen Ansatz auf: Sie schlägt vor, von der Basis her die Ablehnung des Tarifiergebnisses zu organisieren. „Das Verhandlungsergebnis muss von allen Beschäftigten abgestimmt werden und das Abstimmungsergebnis sollte mit einfacher Mehrheit für die Bundestarifkommission (BTK) und alle Gremien von ver.di bindend sein.“ In einem anderen Artikel wird gefordert: „Es braucht, besonders jetzt nach dem Tarifabschluss, demokratische Online-

Versammlungen der Beschäftigten und ein Programm, um gewerkschaftlich Druck für weitere Kämpfe aufzubauen.“ Wie aber eine Bewegung der Basis in einer Organisation organisiert werden soll, deren Organisationsstrukturen von der Bürokratie beherrscht werden, sagt RIO nicht – auch wenn sie generell eine scharfe Kritikerin der Bürokratie ist. Der Aufbau einer klassenkämpferischen Basisbewegung kann aber nicht mit einer spontanen Bewegung von unten gleichgesetzt werden, insbesondere wenn jeder Spontaneismus von Corona gedämpft wird.

Bleiben noch die Stimmen aus dem postautonomen Spektrum. Im AK schrieben Daniel und Lisa (IL) noch vor dem Abschluss zu Recht, dass „es sich bei den aktuellen Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst um eine Schlüsselauseinandersetzung in den herausziehenden Verteilungskämpfen um die Finanzierung der Krisenkosten handelt. Ihre politische Bedeutung geht jedoch über eine bloße Umverteilung von Geldern hinaus, denn diese Tarifrunde ist auch ein feministischer Kampf: Sie betrifft wichtige Bereiche des öffentlich verwalteten gesellschaftlichen Reproduktionssektors.“ Aber schon da verzichteten sie darauf, die Führung dieser Tarifrunde durch ver.di auch nur mit einem Wort an dieser politischen Erkenntnis zu messen. Vielmehr wird die Unverschämtheit der Arbeit„geber“_Innen beklagt und ver.di noch für den „Gesundheitstisch“ gelobt. Dabei war schon damals klar, dass dieser keineswegs die ursprünglichen, schon fallengelassenen Forderungen nach Privatisierung, Abschaffung der Fallpauschalen, Personalbemessungsschlüssel verfolgen würde, sondern die Spaltung der ÖD-Belegschaften vorbereitete.

So fokussiert der Artikel auf die Bewusstseinsweiterung der Beschäftigten:

„Wir haben es den erfolgreichen Kämpfen der letzten Jahre zu verdanken, dass es überhaupt zu einem Konflikt kommt und ver.di eine Nullrunde – und damit den Einstieg in die nächste Runde Austeritätspolitik – nicht einfach akzeptiert. Auch dass der Widerspruch zwischen Dankbarkeit und materieller Anerkennung so deutlich zutage tritt, ist ein Erfolg der vergangenen Kämpfe von Krankenhausbeschäftigten. Es ist unsere Aufgabe als radikale Linke, genau in diese Widersprüche zu intervenieren und uns mit den Beschäftigten aktiv zu solidarisieren.“ Also ver.di ist irgendwie scheiße und hätte am

liebsten 'ne Nullrunde akzeptiert, aber wir haben keine politische Kritik daran, solidarisieren uns mit den Beschäftigten, helfen ihnen aber nicht gegen die Bürokratie. Das ist eine „radikale Linke“ so recht nach dem Geschmack von Frank Werneke.

Ähnlich die RAS aus Stuttgart. Ihre Unterorganisation „Solidarität und Klassenkampf“ benennt in ihrer Analyse viele der Schwachstellen des Ergebnisses und geht von einer starken Ablehnung dessen aus: „Deshalb fordern wir auch alle Beschäftigten auf, bleibt ver.di Mitglieder! Nichts wäre falscher, als auszutreten und unsere Kampfkraft zu schwächen.“ (<https://solidaritaet-und-klassenkampf.org/2020/10/ein-respektables-ergebnis-oder/>) Aber der Vorwurf der Schwächung wird keineswegs an die Führung gerichtet und es wird auch kein Kampf gegen diese propagiert jenseits dessen, das Ergebnis in Abstimmungen abzulehnen.

Das Fehlen einer expliziten Kritik am Vorgehen des Apparates in Verbindung mit der Perspektive, dass die Beteiligung an den Streiks nur größer werden müsste, um mehr Druck auf die Arbeit„geber“_Innenseite aufzubauen, um ein besseres Ergebnis zu erzielen, bedeutet: Es wird letztlich die Schuld der Gewerkschaftsbasis in die Schuhe geschoben, die halt noch nicht so weit sei.

Stattdessen sollen die Unzufriedenen für den Sozialismus kämpfen: „Wir wollen aber mehr als die Gewerkschaften. Uns geht es nicht nur um ein paar Prozente mehr oder weniger, sondern um ein grundlegend anderes System.“ Der Weg dahin ist natürlich „lang“. Deshalb tut es auch den reformistischen Bürokrat_Innen nicht weh, wenn die Genoss_Innen der RAS ihnen heute brav keine Steine in den Weg legen.

Hoher Aktivismus, wie ihn die RAS und ihr Umfeld an den Tag legen, ist gut. Aber er ist kein Mittel um die rechten, prokapitalistischen Positionen des Gewerkschaftsapparats zu bekämpfen. Einflussnahme der Basis, wie sie RIO propagiert, ist nötig im Kampf gegen die Bürokratie, aber sie braucht noch Organisation unabhängig von jener und ein entsprechendes politisches Kampfprogramm. Die VKG und die darin aktiven Gruppen haben den Schritt gemacht, die aktuellen Kämpfe mit dem permanenten Eintreten für den Aufbau einer antibürokratischen Opposition in den Gewerkschaften zu

verbinden.

Es sind Auseinandersetzungen wie dieser Tarifikampf, die aufzeigen, was das Ziel einer solchen Opposition sein muss: Eine Verankerung in den Betrieben aufzubauen und eine Struktur, die das Monopol der Bürokratie in der Propaganda und der Aktion durchbrechen kann: eine klassenkämpferische Basisbewegung.

Wir wenden uns an alle kritischen und unzufriedenen Kolleg_Innen genauso wie an die Organisationen der radikalen Linken, die diesen Abschluss kritisch bewerten: Zieht die entscheidende Konsequenz aus dieser Niederlage: Bauen wir gemeinsam die VKG auf, bündeln wir unsere Kräfte gegen die Bürokratie und führen wir eine solidarische Debatte, um unsere Differenzen zu klären!

Wahlen in den USA: Der Brandstifter unterliegt, doch das Feuer ist nicht gelöscht!

Resa Ludvin

Stand 08.11.2020

Die Mauer kam nicht, zumindest nicht so wie angekündigt. Dennoch starben tausende Menschen an der amerikanischen Migrationspolitik und die Mauern innerhalb der USA wurden immer höher- wirtschaftliche Isolation, Ausstieg aus internationalen Verträgen, Staatsstreiche, Kriegsverbrechen und anstehende Kriege.

Eigentlich nichts

Neues. Ebenso wenig, dass es die republikanischen Wähler_Innen nicht

interessiert, was ihr despotischer Kandidat nun als nächstes plant oder welche Fake News Trump beim morgendlichem „Twitter“-Klogang ablassen wird. Dennoch haben ihn 47,7% gewählt. Und auch die Inszenierung Joe Bidens als Heilsbringer, nicht nur von Trump-Gegner_Innen, sondern auch Linken und Aktivist_Innen in den USA, kann nicht über die desaströse Lage des Landes hinwegtäuschen. In der Geschichte kamen und gingen Großmächte. Die USA brennt und ist dennoch internationaler Brandstifter.

Was die Wahl nun für die zerfallende Großmacht, die arbeitende Klasse und die internationale Politik bedeutet, wollen wir hier beleuchten. Ebenso die Frage, welche Rolle der vorherige und nächste Präsident spielt.

Trumps Bilanz:

Krieg, Putsch, Morde, Sprengung internationaler Normen

„Mother of all bombs“ in Afghanistan, Putschversuch in Venezuela, Hassliebe mit Putin, Ermordung eines Generals im Iran, Anfachen des Nahost-Konflikts, Drohgebärden gegen Peking und Pjöngjang. Wäre der internationale Fokus durch Corona nicht verschoben worden, so wäre 2020 wohl auch ein Jahr mit Phasen heißen und kalten Krieges geworden. Insgesamt hat Trump den Sprung auf eine neue Eskalationsstufe innerhalb der Neuaufteilung der Welt eröffnet. Wo in den westlichen Ländern gezittert wird, er könne nach dem Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen auch noch aus der NATO oder anderen internationalen Bündnissen austreten, hat er weite Teile der Welt bereits in eine reale Angst vor Krieg versetzt.

Warum sich niemand mit ihnen anlegt? Weiterhin bleiben die USA eine der größten Militärmächte und natürlich wollen auch wirtschaftliche Beziehungen gerettet werden, sofern das möglich ist. Gerade für die kleine imperialistische EU wäre ein zu offensiver Angriff eine lose-lose Situation. Lediglich China könnte einen Angriff wagen, was

aber zu einer Konfrontation von internationalem Ausmaß führen würde.

Auch im Inland

sieht es nicht viel besser aus. Die USA sind eines der am schwersten von der Coronakrise getroffenen Länder. Millionen Infizierte und über 200.000 Tote. Kein Wunder in einem Gesundheitssystem, das sich ein bedeutender Teil der Bevölkerung nicht leisten kann. Ebenso nicht verwunderlich, dass es nicht Leute wie Trump sind, die an dem Virus sterben, ihre Jobs und somit ihre Lebensgrundlage verlieren. Es sind Arbeiter_Innen. Genauer gesagt migrantische und afro-amerikanische Arbeiter_Innen.

Die prekäre Lage

von Migrant_Innen und nichtweißen Menschen ist nicht zuletzt der rassistischen Politik geschuldet. Die rassistische Spaltung in den USA ist größer denn je, sei es im Gesundheits- oder Wahlsystem, in denen gerade Afrokamerikaner_Innen, aber auch die meisten anderen Minderheiten benachteiligt werden. Sei es die voranschreitende Polarisierung in den USA, die mitunter zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen geführt hat oder bewaffnete Straßenschlachten mit einem großen Vorsprung für Rechte, da sie einfacher an Waffen kommen und die Polizei schaut am Rand zu. In der Kombination mit Trumps Protestpolitik im Inland hat er den Krieg, den die USA seit Jahrzehnten im Ausland führen, zurück nachhause gebracht.

Rechte,

Erzkonservative und Evangelikale geben in der US-amerikanischen Politik den Ton an. Egal ob an den Außengrenzen oder wenn es darum geht, Wahlgeschenke strategisch zu verteilen. Und das kam nicht erst mit dem Einzug Donald Trumps ins Weiße Haus. Zusammengefasst und einfach verständlich wurde das durch Trump unter dem Slogan „Make America Great Again“. Jedoch sollte dies nur bei weißen Amerikaner_Innen aus der absteigenden Mittelschicht und aus bestimmten Teilen der Arbeiter_Innenklasse Stimmen fangen.

Doch trotz des Versprechens, den USA wieder eine blühende Wirtschaftslandschaft zu bescheren, verfallen Industriestandorte wie Michigan oder Ohio weiter. Denn viele der geschlossenen Stahlwerke, Fabriken usw. waren natürlich kein Resultat der Regierung Obamas, sondern eines Rationalisierungsprozesses. Wenn Betriebe nicht mehr ausreichend Profit machen, Technologie veraltet ist oder Innovationen zu teuer sind, werden sie eben dicht gemacht. Trumps Antwort in einigen Gebieten: Stärkt das Fracking, stärkt die Region. Doch das bringt einem_einer ehemaligen Stahlarbeiter_In wenig, wenn es keine Umschulungen gibt. Kein Wunder also, dass sich an der Massenarbeitslosigkeit unter Trump nicht viel geändert hat, nicht viel ändern konnte.

Wäre all das nicht schon genug, interessiert es Trump nicht im Geringsten, dass die Westküste der USA monatelang brennt und beschuldigt die lokale Bevölkerung dafür verantwortlich zu sein. Der gleiche Präsident, der Umweltschutzgebiete verkleinert und die Arbeit der Umweltbehörde immer weiter einschränkt hat, weil sie lukrativem Fracking im Weg steht. Wäre die Umwelt mal ein Sturmgewehr, dann hätte sie auch eine Lobby.

Genaueres zur

Lage in der USA findet ihr hier:

<http://onesolutionrevolution.de/what-the-fuck-is-wrong-in-the-usa/>

„Demokratie“

als Staatsform in Gefahr?

Sieht man mal davon ab, dass Trump wohl jener US-amerikanische Präsident ist, der die meisten Verfahren gegen sich hatte- Amtsenthebungsverfahren, Verdacht der Wahlmanipulation sowie nicht gezahlte Steuern- ist seine Präsidentschaft, zumindest in den Augen seiner vielen Anhänger_Innen, erfolgreich. Uns als Revolutionär_Innen zeigt er

aber vor allem, was für ein zweiseitiges Schwert die bürgerliche Demokratie ist. Einerseits zeigt sich wie undemokratisch das US-System auch unter bürgerlichen Maßstäben ist, da der Präsident a la „L’etat c’est moi“ („Der Staat bin ich“) regieren kann. Andererseits ist auch der Erfolg von Fake-News als Ausdruck der Krise zu nennen. Die Wahl war noch gar nicht angelaufen, unwichtig, einfach mal schon präventiv behaupten, die Wahl wäre manipuliert. Und jetzt, da auch die Ergebnisse wirklich gegen Trump sprechen, wird diese Behauptung mit allerlei fadenscheinigen Behauptungen untermauert und mit rechtlichen Schritten gedroht. Ob und wer wählt, scheint also ein für alle Mal egal.

Auch Trumps

eindeutig zweideutigen Ansprachen an die rechten Bewegungen Alt-Right, QAnon oder „proud boys“ zeigt, wie offen er sich bezüglich Rechtsextremen zeigt und dass viele seiner Wähler_Innen darüber hinwegsehen. Das An-der-Macht-Bleiben des Oligarchen steht im Mittelpunkt. Und wenn es Trump Senior nicht mehr macht, haben sich in letzter Zeit auch seine Kinder immer weiter in den Vordergrund gedrängt. Eine Abwahl Donald Trumps, sofern sie überhaupt akzeptiert wird, bedeutet also nicht zwangsläufig eine dauerhafte Abwahl der Agenda Trumps.

Nach 4 Jahren

Trump ist offensichtlich, was für Revolutionär_Innen vorher schon klar war: Die bürgerliche Demokratie taugt nichts. Trump hat lediglich sämtliche Ideale dieser bürgerlichen Demokratie vorgeführt und uns auch gezeigt, dass in einem vermeintlich „westlich, demokratischen Partner“ alles so gedreht werden kann, wie es einem selbst gerade passt. Sie ist somit, was sie immer war: eine „Demokratie“ herrschender Interessen. Die Situation der Arbeiter_Innenklasse hat sich nicht verbessert. Der einzige Unterschied zum vorherigen Präsidenten Obama war, dass die Zersetzung vom Sozialstaat noch deutlich schneller voranging und das deutlich unverhohlener.

Währenddessen

wird Biden als großer Retter inszeniert, der auch in keiner Weise den Fortschritt darstellt. Er selbst ist nicht nur ein weiterer „Establishment“-Vertreter alter, weißer Männer, sondern auch noch erzreligiös. Er stimmte nicht nur für den Irakkrieg, sondern auch für ein „law & order Gesetz“, was bis heute dazu führt, dass vor allem schwarze Amerikaner_Innen schon beim kleinsten Vergehen hart bestraft werden. Oder brachte er das Gesetz durch, dass viele Schulden von Privatpersonen bei Insolvenz nicht mehr gestrichen werden können, sodass vor allem die Arbeiter_Innenklasse für immer mit der Last von Studien-, Gesundheits- und Kreditkartenschulden zu kämpfen hat, während große Betriebe weiterhin gerettet werden. An seiner Seite hat er Kamala Harris als Vize-Präsidentin, die zwar von Republikaner_Innen abfällig als „Marxistin“ bezeichnet wird, sich aber noch nicht mal zu den geringsten arbeiter_Innenfreundlichen Reformen durchringen kann wie der allgemeinen, staatlichen Krankenversicherung. Kein Wunder also, dass sich viele progressive, junge Wähler_Innen jetzt schon von den Demokrat_Innen abgewandt und gegen eine Stimmabgabe entschieden haben. Der fehlende Enthusiasmus für Biden hat sicherlich mit reingespielt, dass das Rennen zwischen ihm und Trump so knapp war.

Wie die Wahl gelaufen ist

Notfalls mit

Gewalt. Gewalt der Waffen oder der Gerichte. Fest steht: Obwohl Biden schon als Präsident ausgerufen wurde, ist die Wahl noch nicht vorbei, da Trump und seine Anhänger_Innen mit allen Mitteln daran festhalten. Doch dass Trump nicht gehen will und selbst „demokratische“ Gerichte ihn wahrscheinlich nicht stoppen können, hat er bereits vor der Wahl vorbereitet. In diversen Staaten hat er ihm treue Richter_Innen an die obersten Gerichtshöfe gebracht und vorher schon mal behauptet, dass die ganze Wahl manipuliert sei. Sein Sohn Donald Trump jr. sprach sich angeblich sogar für den „Totalen

Krieg um die Wahl“ aus.

Noch in der Nacht

der Wahlen hat Trump seinen Sieg ausgerufen, obwohl die Auszählungen noch in vollem Gange waren. Er war zu diesem Zeitpunkt noch in Führung, aber das lag daran, dass die Brief- und Frühwahlen, die deutlich mehr von Biden-Supportern genutzt wurden, erst später gezählt werden. Diese Reihenfolge hat er selbst erwirkt und es gehörte sicherlich zum Kalkül, dass er vielleicht durch eine frühe Ausrufung als Präsident taktische Vorteile hat. Je länger die Auszählungen dauerten, desto schlechter sah es für Trump aus und desto verzweifelter wurden seine Vorwürfe, dass ihm hier gerade die Wahl geklaut wird. Bei den Auszählungen in den heiklen Bundesstaaten wurde von Trump wahlweise gefordert, dass man aufhören sollte oder unbedingt weitermachen sollte, zu zählen, je nachdem, wie es gerade stand. Einige Republikaner_Innen wollten auch die Häuser stürmen oder zumindest stören, in denen gezählt wurde. Zu größeren Aufmärschen oder bürgerkriegsähnlichen Zuständen, wie ja oftmals befürchtet wurde, kam es bislang noch nicht.

Nach langem

Warten sind nun die meisten Staaten (zumindest ein erstes Mal) ausgezählt und Biden als Präsident abgesichert. Er hat in den relevanten Staaten, denn die meisten haben seit Jahrzehnten ihre Farbe (Blau= Demokratische Partei, Rot= Republikanische Partei) nicht geändert, einen Vorsprung erzielt. Diese so genannten Swing States sind u.a. Pennsylvania oder Arizona.

Dabei ist zu

berücksichtigen, dass nicht nur viele Menschen von der Wahl direkt, sondern auch indirekt ausgeschlossen sind und gleichzeitig das Wahlsystem auch unter bürgerlichen Maßstäben ungerecht und undemokratisch ist. Am Ende entscheiden nicht nur einfache Worte, sondern auch einfache Mehrheiten, die dann durch Wahlmänner(!) abgebildet werden. Im Winner-takes-it-all-Prinzip könnte es sein, dass 49% der Wähler_Innen unsichtbar gemacht werden, weil sie als

Unterlegene nichts abbekommen.

Auch gewählt

wurden Sitze im Senat und im Repräsentantenhaus, das in demokratischer Hand bleibt. Auch wenn Biden vereidigt wird, stehen ihm aber möglicherweise der Senat sowie definitiv der Supreme Court entgegen, der seine Chance auf „Reförmchen“ weiter schwinden lässt. Gewonnen ist in den USA eben nicht zwangsläufig gewonnen.

Die Krise nach

der Wahl kommt so oder so.

Welche

Auswirkungen hat die US-Wahl für die amerikanische und internationale Arbeiter_Innenklasse?

Die globale

Hegemonie der USA ist nur noch ein Traum jener, die die letzten 30 Jahre im Winterschlaf verbracht haben. China, Russland und die EU sind längst Blöcke, die zumindest mitreden wollen, wo als nächstes einmarschiert wird. Es könnten ja potenzielle Bündnispartner_Innen (aka Syrien) oder Länder sein, aus denen sich dann Geflüchtete in die EU aufmachen (wieder Syrien). Biden als Präsident wird wahrscheinlich noch mehr als Trump ins Schwimmen zwischen den Interessen des Kapitals kommen, das sich daran gewöhnt hat, international eine Rolle zu spielen. Eine Rolle, die gerne auch militärisch verteidigt wird. Sein Fokus wird sein, die alte Ordnung aus diplomatischen und strategischen Beziehungen wiederherzustellen. Die Frage ist, wie sehr diese Ordnung nicht vorher schon am Ende war.

Im Inneren

tatsächlich etwas zu verändern, wenn er das denn überhaupt möchte, wird auch schwer werden. Trump hat eine konsequente Politik der Verneinung der Interessen der Unterdrückten gefahren und sie verhöhnt und an den Rand getrieben, wo es nur ging. Biden wird wohl eher versuchen, durch Augenwischerei und kleine Reförmchen „das

Land zu einen“, ohne dabei dem Kapital auch nur den geringsten Schaden zuzufügen. Denn nicht nur der wahrscheinlich mehrheitlich republikanische Senat, sondern nun auch die konservative Besetzung des Supreme Courts werden jedem Angriff auf Kapitalinteressen massiv im Weg stehen. Zu allem Übel gibt es noch den Druck von der Straße durch die extreme Rechte. Leidtragender all dessen wird weiterhin der prekäre Teil der US-Bevölkerung sein. Dies wiederum wird die Polarisierung und Abstieg prekärer Schichten weiter vorantreiben- die Frage ist nur, wie tief es in den USA noch geht, wo im Frühjahr bereits Millionen Menschen durch den Jobverlust das Äquivalent zur Tafel aufsuchen mussten, um überhaupt etwas zu essen zu bekommen.

Von Biden ist

also nicht zu erwarten, dass er die soziale, politische oder wirtschaftliche Krise auch nur befrieden kann. Hinzu kommen noch die Pandemie und die Umweltkrise. Gerade letztere hat nicht nur interne Folgen, sondern auch für die gesamte Welt, da die Klimakrise kein nationales Problem ist und somit auch nicht national gelöst oder ignoriert werden kann. Jedoch wird ein Fortschreiten dieser Krise Migration, Armut und Umweltkatastrophen auch weit über die Grenzen der USA hinaus Auswirkungen haben.

Unsere

Perspektive: Verbesserung braucht die Macht von Unten!

Trump war nicht

der Präsident der Minderheiten, nicht der Präsident der Frauen*.

Zieht man dann noch die jugendlichen Massen auf der Straße ab, die sich gegen die Stimmabgabe entschieden haben, bleibt nur ein kleinerer weißer Teil, deren Präsident Trump war und weiterhin als Ideal bleiben wird. Doch Biden ist nicht der Heilsbringer. Er repräsentiert den rechten Flügel der demokratischen Partei, die schon immer kapitalfreundlicher und rechter als europäische bürgerliche Arbeiter_Innenparteien war. Er ist kein progressiver Kopf, der sich an die Spitze einer antirassistischen, antisexistischen und sozialen Bewegung setzen könnte. Niemand, der

diejenigen im Land abholt, die die letzten Jahre und Jahrzehnte gelitten haben unter der Politik, die überhaupt erst den Boden für den Aufstieg eines Trumps geschaffen hat.

Die Spaltung der Arbeiter_Innenklasse begründet sich nicht auf der rassistischen Politik Trumps, sondern den Auswirkungen der Krise von 2008 und somit systemimmanenten Spaltungsmechanismen. Man kann also nicht darauf vertrauen, dass sich der Kapitalismus von selbst wieder zum Guten richtet. Es brennt und brodelt an alle Ecken und Enden. Eine radikale Kehrtwende ist das Einzige, was den Arbeiter_Innen, Demonstrant_Innen und Unterdrückten in der USA noch bleibt.

Doch die zahlreichen Proteste der letzten Monate sind eine große Hoffnung. Ihnen fehlt bisher nur eine Führung, was nicht zuletzt mit der Schwäche und dem niedrigen Organisationsgrad der US-Gewerkschaften zusammenhängt. Dennoch müssen bestehende Strukturen genutzt und die Kämpfe zusammengeführt werden. Geeint ist jede Bewegung stärker! Was den USA fehlt ist eine Arbeiter_Innenpartei. Und zwar keine kleine Zelle, sondern eine, die sich auf den Massen stützt und aus den Massen hervorgeht. Ein stärkendes Moment könnte es sein, durch Massenproteste und Streiks nun Trump, der sich ans Weiße Haus klammert, aus selbigen hinauszubefördern. Im Zuge solcher Proteste entstehen Strukturen, die auch auf Biden Druck ausüben und hoffentlich auch die Frage auf die Tagesordnung setzen können, ob wir nicht eigentlich eine ganz andere Vertretung brauchen!

Eine Massenpartei, die auf der Grundlage der arbeitenden Bevölkerung dem System Druck macht. Eine Massenpartei, die tatsächlich die Macht des „US-Establishment“ angreift und ihre Interessen durch die eigenen ersetzt. Eine Massenpartei, die sich für Frauen*rechte einsetzt, die rassistische Strukturen der US-Polizei durch gewählte Arbeiter_Innenmilizen ersetzt und der Massenarbeitslosigkeit anstelle von Fracking o.ä. mit sozialstaatlichen Maßnahmen wie

Umschulungsprogrammen in überholten Branchen begegnet.

Wir fordern:

Proteste reichen lange nicht! Für den Aufbau einer revolutionären Arbeiter_Innenpartei!

Brot, Gesundheit
und Frieden für Alle!

Streikt Trump aus
dem Weißen Haus!

Freilassung aller
politischer Gefangener und Demonstrant_Innen!

#ENDSARS: Nigerias Jugendbewegung gegen Polizeigewalt & ihre Perspektive

Vor

circa 2 Wochen brachen in Nigeria im ganzen Land Proteste aus.

Tausende junge Menschen wehren sich gegen die anhaltende und brutale Polizeigewalt, die vor allem von der Sondereinheit „SARS“ ausgeht.

Sie

werfen der „Anti-Überfalleinheit“ wiederholte

Raubüberfälle und Misshandlungen von Zivilist_Innen vor und fordern deren Auflösung. Nach einer Woche heftiger Proteste, in denen auch eine Polizeistation in Flammen aufging, kündigte Nigerias Präsident Muhammadu Buharu an, dieser Forderung nachzukommen. Doch darauf

kann

man sich nicht verlassen! Dies ist bereits die 4. Ankündigung dieser Art in den letzten Jahren. Und passiert ist nichts! Die Menschen sind wütend, der Protest richtet sich längst auch schon gegen die Regierung als Ganzes.

Diese

scheint mit der Situation sichtlich überfordert zu sein, denn auch wenn dies von offizieller Stelle geleugnet wird, eröffnete das Militär in Lagos das Feuer auf friedliche Demonstrant_Innen. Sie schossen auf die mutigen Menschen, die sich dem ungerechten und mörderischen System widersetzen. Über 50 Zivilist_Innen wurden mittlerweile im Zuge der Proteste getötet. Die Regierung hat eine Ausgangssperre verhängt, nachdem in Benin fast 2.000 Häftlinge aus einem Gefängnis befreit wurden, doch die Menschen lassen sich nicht einschüchtern und kämpfen weiter! Richtete sich ihr Protest anfangs allein gegen SARS, wurden die Forderungen mittlerweile ausgeweitet. Sie fordern den Rücktritt des Präsidenten und ein Ende der massiven Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig absurd hohen Gehältern der PolitikerInnen. Diese Protestwelle ist vor allem ein Protest der Jugend, denn mit einem Durchschnittsalter von 18 Jahren ist Nigeria die jüngste Region der Welt und Jugendliche leiden besonders unter den prekären ökonomischen Verhältnissen: Nur eine Minderheit der Schul- und Hochschulabsolvent_Innen hat eine Arbeit, von der sie leben kann und Migrationswege in den Rest der Welt sind dank der europäischen Grenzpolitik mittlerweile versperrt. Diese Perspektivlosigkeit einer ganzen Generation hat sich nun in Wut umgewandelt. Dabei ist es sicherlich kein Zufall, dass die politische Krise Westafrikas mit der schwersten Wirtschaftskrise dieses Jahrhunderts zusammenfällt: Durch die enormen Einbrüche im Außenhandel des Ölstaates hat sich die Lebenssituation vieler Menschen noch einmal drastisch verschlechtert. Millionen von Menschen, die vorher knapp über dem Existenzminimum lebten, rutschen nun darunter und die ohnehin hohe Arbeitslosenquote von 27% steigt weiter an. Die Übergriffe der SARS-Einheit haben nun das Fass zum

Überlaufen gebracht und eine Jugendbewegung geschaffen, die entschlossen ist, sich nicht länger ihrer Ausbeutung zu beugen und ihre Zukunft selbst gestalten will. Jetzt ist es an der Zeit, den aufgeworfenen sozialen Forderungen eine antikapitalistische Perspektive zu geben und die Massen der Arbeiter_Innen und Student_Innen in Räten zu organisieren. Es darf kein Vertrauen mehr in die Reformen der Regierung gesetzt werden. Stattdessen müssen die AktivistInnen selbst demokratisch über ihre Zukunft entscheiden!

Wir,
von REVOLUTION solidarisieren uns ausdrücklich mit der kämpfenden Protestbewegung in Nigeria! Das Regime, das brutal mit Waffengewalt gegen die eigene Bevölkerung vorgeht muss entmachtet werden und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden! Für eine demokratische Bewegung der Arbeiter_Innen und Student_Innen, die der Polizeigewalt & der Krise den Kampf ansagt!

Hoch die
internationale Solidarität!

**Warum Identitätspolitik so gut
in die neoliberale
Verwertungslogik passt und wir
trotzdem etwas daraus lernen
können**

Worum geht's?

Unter dem Begriff „Identitätspolitik“

verstehen verschiedene Leute verschiedene Sachen. Die Rechten verwenden den Begriff, um ihrem völkischen Rassismus und Nationalismus ein schickes Outfit zu verpassen. Die einen Linken benutzen ihn dagegen als Wort für Empowerment und Kampf gegen Unterdrückung, die anderen Linken als Kritik an linker Politik, die ökonomische Verhältnisse völlig aus den Augen verloren hat.

Wenn Linke über Identitätspolitik

diskutieren, geht es darum, ob z.B. der Erfolg der AfD etwas damit zu tun hat, dass sich weiße männliche Arbeiter in ihrer Identität durch das vermeintlich Fremde bedroht fühlen, oder damit, dass bestimmte soziale Gruppen Angst vor Abstieg und Armut haben. Es geht darum, ob Sexismus im Kopf oder in der kapitalistischen Produktionsweise entsteht. Es geht darum, ob der antirassistische Kampf von Black Lives Matter durch Empowerment und Privilegienchecks oder durch kollektive soziale Organisation erfolgreich sein kann.

Identitätspolitik versus Klassenpolitik

Aber geht es uns nicht letztlich allen

nur darum, Unterdrückung aufzuheben? Warum überhaupt diese Spaltung zwischen Identitätspolitik und Klassenpolitik? Die Antwort auf diese Frage müssen wir vor allem in den Fehlern der Linken selbst suchen. Obwohl Marx, Engels, Lenin und Trotzki die spezifische Unterdrückung von Frauen und Migrant_innen immer wieder betont haben und für das Recht auf unabhängige Organisation eingetreten sind, wurden diese Fragen durch die Degeneration des Marxismus in Form des Stalinismus, Maoismus und der Sozialdemokratie immer wieder außen vor gelassen. So haben viele Aktivist_innen der 68er-Bewegung den Rassismus zum sogenannten „Nebenwiderspruch“ erklärt, der sich mit der kommunistischen Revolution schon von alleine beseitige. Sie waren aufgrund ihrer hierarchischen Vorstellung, welche die „wichtigeren Kämpfe“ sind, nicht der Lage, Übergangsforderungen aufzustellen, mit denen antisexistischer und antirassistischer Widerstand mit der

Arbeiter_innenbewegung verknüpft und der gemeinsame Kampf gegen den Kapitalismus hätte zugespitzt werden können.

Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie haben sich dagegen lange Zeit nur auf die meist männlichen und weißen Arbeiter in Schwerindustrie, Chemie und Bergbau konzentriert und die anderen Arbeiten, die hauptsächlich von Migrant_innen oder weißen Frauen verrichtet wurden (Dienstleistungen, Erziehung, Bildung, Hausarbeit), vernachlässigt. Die Unterdrückung bestimmter Gruppen wie Frauen, Migrant_innen und LGBTIAs wurde also für lange Zeit von Organisationen der sogenannten „Linken“ reproduziert.

Kein Wunder also, dass sich diese Gruppen von der klassischen Arbeiter_innenbewegung nicht vertreten gefühlt haben. Hinzu kam der Umstand, dass sich die diktatorisch geführte Sowjetunion im Osten selber todgewirtschaftet hat und die Sozialdemokratie im Westen immer mehr Kämpfe verraten und sich an den kapitalistischen Nationalstaat angebiedert hat. Klasse als analytische Kategorie und Marxismus als Wissenschaft und Befreiungsprogramm erschienen vielen deshalb nicht mehr als zeitgemäß oder in der Lage, etwas zu reißen. Identitätspolitische Ansätze lieferten zu diesem Zeitpunkt vielen sexistisch oder rassistisch unterdrückten Menschen, neue Ansätze ihre Unterdrückung zu verstehen und etwas dagegen zu tun. Auch praktisch konnten beispielsweise durch die „Black Power Bewegung“ oder die LGBTIA-Bewegung viele politische Erfolge eingefahren werden.

Repräsentation statt Klassenkampf

Ob gegen den Paragraphen 218 oder die sogenannte „Rassentrennung“: Diese Kämpfe waren Klassenkämpfe, denn sie haben sich dagegen gewehrt, von der Gesellschaft spezifisch ausgegrenzt zu werden, um in dieser marginalisierten Position stärker ausgebeutet zu werden. So spricht die Identitätspolitik in der Praxis meistens auch implizite Klassenfragen an. Die Kapitalist_innen

freuen sich natürlich darüber, wenn der Klassenaspekt dieser Kämpfe von Identitätspolitik unsichtbar gemacht wird, sodass es so aussieht, als wäre es lediglich um Chancengleichheit gegangen. Waren sie nicht explizit antikapitalistisch ausgerichtet, hat der Kapitalismus identitätspolitische Kämpfe immer wieder aufs Neue für sich vereinnahmt. So konnten Großkonzerne wie H&M, Adidas oder Gillette Identität als Marketingkonzept nutzen, um noch größere Gewinne einzufahren. Und ein Barack Obama als erster schwarzer Präsident der USA afroamerikanische Jugendliche durch seine Polizei erschießen lassen.

Ein Problem an der Identitätspolitik ist also, dass sie ihre Analyse von Unterdrückung (z.B. Sexismus, Rassismus, Heteronormativität, ...) von den materiellen Verhältnissen trennt. Identitätspolitische Kämpfe gegen Unterdrückung erscheinen somit immer nur als Kämpfe um Repräsentation und Sichtbarkeit im Rahmen des Bestehenden. Indem sie Unterdrückung lediglich als Produkt von Diskursen, Bildern, Sprache, kulturellen Praktiken und Denkweisen begreifen, erkennen sie nicht, welche Funktion diese Unterdrückungsformen im Kapitalismus eigentlich haben. Der marxistische Grundsatz, dass das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein bestimmt, wird also von der Identitätspolitik umgedreht. Es geht ihr deshalb nicht darum, das System, das tagtäglich diese Unterdrückung produziert aus den Angeln zu heben, sondern darum innerhalb dieses Systems unterdrückte Identitäten sichtbar zu machen. Identitätspolitik geht davon aus, dass Unterdrückung nur erkennbar ist, wenn man sie selber erfährt und dass deshalb nicht Klassenkämpfe sondern Repräsentationskämpfe das treibende Element der gesellschaftlichen Entwicklung sind.

Individuelle Reflexion statt kollektiver Organisation

Die Unterdrückung aufgrund von Geschlecht, Hautfarbe, Herkunftsland, Behinderung, sexueller Orientierung etc. ist jedoch keine alleinige Frage der Identität

sondern immer auch eine ökonomische Beziehung. Ob wir zu dieser oder jener Gruppe gezählt werden, bestimmt unsere spezifische Stellung im Produktionsprozess. Durch tagtägliche Ausgrenzungserfahrung bei der Lohnauszahlung, der Jobsuche, Wohnungssuche oder Bahnfahren wird uns diese Unterdrückung aufgezwungen, sodass wir beinahe glauben, sie wäre Teil von uns, Teil unsere Identität. Obwohl uns die rassistischen Sprüche von Mitschüler_innen manchmal eher als das trennende Moment zwischen uns und dem Rest der Gesellschaft vorkommen, ist es letztlich eigentlich die Klassenfrage, ob wir Produktionsmittel besitzen oder gezwungen sind, unsere Arbeitskraft zu verkaufen, die die Gesellschaft spaltet. So kann eine schwarze Milliardärin aus München wesentlich mehr Macht besitzen, als ein weißer Arbeiter aus Eisenhüttenstadt.

Im Kern geht es also um die Frage, ob wir Unterdrückung als individuelles Problem und die Summe der verschiedenen individuellen Einzelunterdrückungen betrachten, oder als allumfassende Struktur im kapitalistischen System. Daraus ergeben sich nicht nur die verschiedenen Antworten, ob sich der Kampf gegen Unterdrückung gegen den Kapitalismus oder um Repräsentation drehen muss. Es steht ebenso zur Debatte, ob dieser Kampf kollektiv oder individuell geführt werden muss.

Da die Identitätspolitik Unterdrückung als individuelle Erfahrung(en) begreift, schlussfolgert sie daraus auch, dass die Kämpfe gegen Unterdrückung auf individueller Basis erfolgen müssen. Ihr Verständnis von Unterdrückung beruht darauf, dass Privilegien in der Gesellschaft ungleich verteilt sind. Das bedeutet, dass die Privilegierten (also meistens weiße, heterosexuelle Cis-Männer) ihre Privilegien mal „checken“ sollten, um reflektierter damit umzugehen. In unseren Augen sollte es jedoch kein Privileg sein, über einen Platz laufen zu können, ohne in eine rassistische Polizeikontrolle zu geraten. Es sollte kein Privileg sein, problemlos eine Wohnung zu bekommen. Was die Identitätspolitik als Privilegien versteht, sind also eigentlich

Rechte, die wir für alle erkämpfen sollten! Es sollte uns nicht darum gehen, die kleinen Brotkrumen, die der Kapitalismus für einige von uns abwirft, fairer unter allen aufzuteilen sondern darum, uns die ganze Bäckerei zu holen. Natürlich ist die individuelle Reflexion darüber, dass es innerhalb unserer Klasse besser gestellte und unterdrücktere Teile gibt, auch ein wichtiger Bestandteil revolutionärer Analyse und Praxis. Jedoch sollten wir es nicht dabei belassen daraus eine individuelle Reflexionsübung zu machen, die uns noch dazu in Wettbewerb zu einander versetzt, wer seine_ihre Privilegien am besten „checkt“. Denn auch so schafft es der Neoliberalismus erneut Kämpfe zu vereinnahmen und aus Identitätspolitik ein Tool der individuellen Selbstoptimierung zu machen (z.B. kann man auf Online-Dating-Plattform nun sein Dating-Profil mit dem Banner „Black Lives Matter“ upgraden).

Den scheinbaren Widerspruch zwischen Identität und Klasse durch revolutionäre Praxis auflösen!

Opfer von Rassismus oder Sexismus

brauchen keine Weißen oder Männer, die das auch alles ganz schlimm finden und sich für sie einsetzen. Was wir brauchen sind Leute, die gemeinsam mit uns auf Augenhöhe für dieselben Ziele kämpfen! Keine geflüchtete Person soll in Lagern leben, sondern das Recht auf eine Privatwohnung haben. Aber auch weiße Arbeiter_innen finden in gentrifizierten Städten nur noch schwer bezahlbaren Wohnraum. Lasst uns also gemeinsam und auf Augenhöhe für die Enteignung von Leerstand und großen Immobilienkonzernen kämpfen! Die Polizei führt nicht nur rassistische Kontrollen durch, sondern schlägt uns auf der nächsten Demo allen ins Gesicht. Lasst uns gemeinsam kollektiv gegen Polizeigewalt organisieren und Selbstschutzstrukturen aufbauen!

Der Kapitalismus ist die Wurzel von

Sexismus, Rassismus sowie sonstigen Unterdrückungsformen und basiert auf der privaten Aneignung gesellschaftlich geleisteter Arbeit. In diesem Widerspruch liegt auch die Auflösung des Problems begründet, weshalb wir ohne Klassenpolitik auch den Kapitalismus nicht

abschaffen können. Die Identitätspolitik hat eine von Stalinismus und Sozialdemokratie degenerierte Linke darauf hingewiesen, dass nicht nur weiße, männliche Arbeiter zur Arbeiter_innenklasse gehören. Dies müssen sich revolutionäre Linke zu Herzen nehmen und ein neues vielfältigeres Bild von der Arbeiter_innenklasse entwerfen, indem sie Forderungen gegen verschiedenste Unterdrückungsformen aufstellen, die Kämpfe auf ihre gemeinsame Grundlage im Kapitalismus zurückführen und eine schlagfertige antikapitalistische Bewegung aufbauen.

Auch wenn viele identitätspolitische Ansätze ins Leere laufen oder schon komplett Teil der neoliberalen Verwertungslogik geworden sind, müssen wir die Probleme, auf die sie hingewiesen haben, berücksichtigen. In revolutionären Organisationen müssen wir deshalb für das Recht auf Schutzräume eintreten, in denen Angehörige unterdrückter Gruppen gesondert und geschützt vor potentiellen Unterdrücker_innen diskutieren können. Wichtig ist trotzdem, dass wir uns gemeinsam organisieren auf der Basis eines klassenkämpferischen revolutionären Programms, mit dessen Hilfe wir die Produktion vergesellschaften und durch die basisdemokratische Organisation von Produktion und Reproduktion Unterdrückung in der Gesellschaft überflüssig machen. Es geht nicht darum, wer unterdrückt ist, sondern darum, in was für einer Gesellschaft wir alle zusammen leben wollen!

**5 Fragen,
Indonesien**

**5 Antworten:
- Zwischen**

Unterdrückung und Widerstand

Leila Cheng

Indonesien: Ein Land mit 264 Millionen Einwohnern und damit das 4. bevölkerungsreichste Land der Welt, sowie auch der größte Inselstaat. Dennoch ist es stark abhängig von ausländischen Konzernen und Banken. Und jetzt beschließt die Regierung ein Gesetz, das auf Kosten der indonesischen Arbeiter_Innen ausländische Investitionen und Unternehmen anlocken soll und damit die Abhängigkeit und die Armut der Massen verschärfen würde. Dagegen erhebt sich im ganzen Land verbissener Widerstand bis hin zu militanten Streiks! Die Hintergründe und Perspektiven wollen wir in diesem Artikel klären.

1. Wie zeigt sich die aktuelle Weltwirtschaftskrise in Indonesien?

Während

sich die Covid-19-Pandemie im Land wieder verstärkt und sich auch hier bereits eine zweite Welle abzeichnet, werden von der Regierung jede Menge neoliberale Reformen durchgedrückt. Privatisierungen, Entlassungen und weitere Angriffe auf Arbeiter_Innenrechte, angeblich um die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Doch was ist der wirkliche Grund?

Staatsverschuldung und Wirtschaftskrise!

Im

Jahr 2018 betrug die Staatsverschuldung Indonesiens rund 30,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Unter anderem eine langfristige Folge der Kredite des IWF nach der Finanzkrise 2008/2009) und stieg in der Coronakrise noch weiter.

Hinzu

kamen massive privatwirtschaftliche Einbußen während der Pandemie: Indonesiens Wirtschaftsleistung ist nach Angaben des Statistikamtes BPS im 2. Quartal 2020 im Vorjahresvergleich um 5,3 Prozent geschrumpft, was damit das schwächste Quartal seit der Asienkrise

des Jahres 1999 ist. Auch der Rückzug ausländischer Kapitale während der Pandemie hat wirtschaftliche Einbußen gebracht. Zudem musste die Hauptinsel Bali wegen Corona alle Tourist_Innen dieses Jahres abweisen. Dies sorgt für wirtschaftlichen Einbruch bei einer Insel, die fast komplett vom Tourismussektor abhängig ist.

Hinzu kommt das internationale Machtgefüge, in dem sich Indonesien befindet. Der Staat ist abhängig von den USA. Diese nutzen die Regionalmacht auch als Stützpunkt gegen ihren Hauptkonkurrenten China im Pazifik. Aber neben den engen militärischen Beziehungen gibt es auch große Mengen US-amerikanischer Kredite in Indonesien. Zudem ist das Land für viele transnationale, meist US-amerikanische Konzerne eine profitbringende Kapitalanlage, was durch das neue Gesetz mit verstärkter Ausbeutung der Arbeiter_Innen und weniger Umweltstandards verschärft werden wird. Aber warum machst sich Indonesien so abhängig von den USA? Wenn es amerikanische Weisungen und „Bitten“ ignorieren würde, würde es schnell weh tun, z.B. durch wirtschaftliche Sanktionen oder Rückforderung der Schulden oder sogar einen militärischen Einmarsch. Abgesehen davon wird die Wirtschaftsentwicklung, also die Hauptsektoren Bergbau (Export von Rohstoffen) und der Tourismussektor, ja meist von US-amerikanischen Konzernen dominiert. So ist zum Beispiel der größte Gold- und Kupferproduzent PT Freeport Indonesia ein US-amerikanisches Unternehmen, was auch gleichzeitig der größte Steuerzahler des Landes ist. Eine weitere große Einnahmequelle ist die Landwirtschaft: So ist Indonesien weltweit der größte Palmölproduzent, was zwar gewinnbringend aber auch sehr schädlich für die Umwelt ist, denn den Monokultur-Plantagen weichen die riesigen Urwälder, die im Grunde nur noch in Nationalparks existieren. Dieser Zweig wird von einem transnationalen Unternehmen aus Singapur dominiert. Hier zeigt sich die Konkurrenz, aber auch die Abhängigkeit von anderen Regionalmächten, die sich natürlich in erster Linie wirtschaftlich äußert.

2. Welche neoliberalen Reformen hat die Regierung beschlossen?

Die

Regierung hat 79 neue Gesetze (Omnibus Law beziehungsweise Gesetz zur

Arbeitsplatzbeschaffung) verabschiedet. Die Regierung behauptet: Die Reformen sollen Bürokratie abbauen, *um mehr ausländische Direktinvestitionen zu fördern, das Wirtschaftswachstum zu unterstützen und Beschäftigungsmöglichkeiten für Indonesier_Innen zu schaffen.*

Doch das Gesetz sorgt für massive Angriffe auf Arbeiter_Innenrechte, leichtere Entlassungen, Kurzzeitverträge, Lohnsenkungen (auch des Mindestlohnes), geringere Abfindungen und die Auslagerung von Arbeitsplätzen. So können imperialistische Staaten einfacher ihre billige und umweltschädliche Produktion zur Profitmaximierung nach Indonesien auslagern. Dies sorgt im Endeffekt nur für eine verstärkte Ausbeutung des indonesischen Proletariats, das in Elend, Arbeitslosigkeit und Hunger gedrängt wird.

Es sorgt auch für eine verstärkte Ausbeutung der Natur, sowie eine stärkere Umweltverschmutzung. Denn durch das Gesetz wird zudem die Verpflichtung von Unternehmen gelockert, eine Analyse von Umweltrisiken zu erstellen. Unmittelbare Folgen von Umweltverschmutzung und Klimakrise sind Umweltkatastrophen wie Überschwemmungen, die das Land knapp über dem Meeresspiegel immer wieder stark belasten, sowie auch eine verstärkte Smogbelastung der Städte, insbesondere der riesigen Slums.

Auch die Jugend und die Frauen der Arbeiter_Innenklasse sind besonders von den Reformen betroffen. Gerade Jugendliche und nicht voll arbeitenden Personen werden als erstes entlassen oder noch schlechter bezahlt. Zudem werden proletarische Jugendliche früher arbeiten müssen, wenn sich die Familie ihre Ausbildung/Studium nicht mehr leisten kann. Hinzu kommt, dass die Jugend noch am längsten leben wird: Sie wird mitbekommen, wie ihre Heimat aufgrund der Klimakrise immer mehr im Meer versinkt, sie wird hauptsächlich von den Umweltkatastrophen betroffen sein und sie wird

vermutlich zu großen Teilen später vor den Überflutungen fliehen müssen. Auch Frauen werden eher entlassen oder schlechter bezahlt. Neben ihrer harten Arbeit haben sie auch noch zu großen Teilen unbezahlte Hausarbeit und Kindererziehung allein zu tragen. Nun soll durch eine Reform auch noch das Recht auf bezahlten Mutterschaftsurlaub eingeschränkt werden.

3. Wie sieht der Widerstand gegen diese Reformen aus?

ArbeiterInnen,

Student_Innen und Umweltschützer_Innen demonstrieren gegen die neoliberalen Reformen während der Corona-Pandemie. Die großen Proteste haben vor allem gesellschaftlichen und Klassencharakter. Inzwischen hat sich die Union of all Indonesian workers (KSPSI), ein mittelgroßer Gewerkschaftsbund (ca. 4,6 Millionen Arbeiter_Innen), als teilweise führende Kraft der ArbeiterInnen herausgebildet. Die KSPSI hatte bereits vor dem Beschluss des Gesetzes zu Streiks aufgerufen. Der sehr viel größere und reformistischere indonesische Gewerkschaftsbund (KSPI) hatte vereinbart, ein Team zur Umformulierung des Gesetzesentwurfs des Omnibus Laws zu bilden. Wie so oft sieht man hier den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie, die bei minimalen und reformistischen Forderungen stehen bleibt, anstatt die die Massen in den Kampf zu führen.

Als

dies jedoch gescheitert ist und die Regierung dieses Gesetz verabschiedet hat, haben sich die Gewerkschaftsverbände KSPI,

KSPSI und die National Welfare Movement (GEKANAS) geeinigt und zu 3-tägigen Streiks (06.

bis 08. Oktober 2020)

aufgerufen.

Insgesamt wollten sie bis zu 5 Millionen ihrer Arbeiter_Innen zu diesem Streik mobilisieren. In Wirklichkeit waren es höchstwahrscheinlich noch viel mehr.

Insgesamt 32

Gewerkschaftsverbände, sowie Bauernverbände organisierten Streiks.

Es gibt aber keinen Überblick darüber, wie viele Streiks mit wie vielen Teilnehmer_Innen tatsächlich stattgefunden haben.

Hier
zeigen sich zwei Dinge:

Erstens:

Wie eine kämpferische Basis, wenn sie konsequent kämpferisch vorwärts geht, ihre reformistische und opportunistische Führung zwingen kann, mitzuziehen. Immerhin gab es schon vorher Demos und vereinzelte Streiks, die sich auch mit Hilfe der SPSI immer mehr zuspitzten.

Und

zweitens: Welche enormen Ausmaße ein politischer Streik annehmen kann.

Ein Beispiel für diese enormen Ausmaße ist ein Streik in einem Frauenbetrieb: Dort mobilisierten 70.000 Arbeiterinnen in einer von Asiens größten Schuhfabriken zum dreitägigen Streik.

Neben

den großen Streiks fanden, wie schon erwähnt, auch Massendemonstrationen statt. Daran beteiligten sich auch viele Student_Innen

(vor allem wegen der Auflockerung von Umweltschutzmaßnahmen). Da zeigt sich auch, wie die Jugend in den Kämpfen mit ganz vorn dabei ist. Dies ist ein Phänomen, was man weltweit betrachten kann, ob bei den sozialen Protesten in Chile oder bei der internationalen Umweltbewegung, so jetzt auch in Indonesien. In Indonesien haben sich sogar bereits Ansätze der Organisation von Studierenden in Räte-ähnliche Gremien gebildet, über die aber noch nicht viel bekannt ist.

Doch wie sehen die Forderungen der Streiks und Demonstrationen aus? Es gibt eigentlich nur eine einheitliche Forderung und die lautet: Ersatzloser Verzicht auf das Gesetz! So ist es eine soziale Forderung und der Streik ein

politischer Streik, aber revolutionär sind die Proteste damit noch nicht. Und das Problem, dass die kommunistische Partei Indonesiens seit 1965 verboten und damals ein Großteil der Kommunist_Innen ermordet wurde, macht es auch nicht besser. Dennoch sind die Proteste sehr fortschrittlich und können je nach der Entwicklung zu einem revolutionären Katalysator werden. Das liegt in ihrer letzten Besonderheit, der Vereinigung der antiimperialistischen, antikapitalistischen, Umwelt-, Jugend- und Antirepressions-Kämpfe, und vor allem ihrem im Grunde proletarischen Klassencharakter.

4. Wie sieht die Repression durch Staat und Kapital aus?

Wie

immer bei Protesten und Straßenkämpfen zwischen dem bürgerlichen Staat und Demonstrant_Innen herrscht ein ungleiches Kräfteverhältnis.

Auf

der Insel Sumatra z.B. gingen Polizisten mit Tränengas gegen junge Demonstrant_Innen vor, die Steine auf die Beamten geworfen hatten. Auch in West Java kam es an dem Streiktag zu Zusammenstößen mit der Polizei. In der Hauptstadt Jakarta versammelten sich Tausende Student_Innen und Arbeiter_Innen vor dem Präsidentenpalast des südostasiatischen Inselstaats. Als Steine geworfen wurden, setzte die Polizei Tränengas und Wasserwerfer ein. Weitere Protestzüge wurden aus Yogyakarta, Medan, Palembang und Makassar gemeldet. Bereits am Tag vor den Streiks waren die Polizist_Innen zum Teil mit Gummigeschossen gegen Demonstrant_Innen vorgegangen.

Die

Polizei begründete ihr hartes Vorgehen und das Verbot eines Teils der Proteste mit Corona-Schutzmaßnahmen. Die besonders prekäre Lage und Notwendigkeit der Proteste werden dadurch unmissverständlich unterstrichen, dass man die Infektionsgefahr in Kauf nimmt, um die eigene Lebensgrundlage zu sichern. Vielen Menschen dort geht es sehr schlecht, genauso wie in vielen weiteren Ländern. Auch so lässt sich eine Verbindung zu den momentanen Protesten in Chile ziehen. Nur dass die Gewalt durch die Polizei dort noch viel enormer ist, man erinnert sich nur mal an die massenhaften Vergewaltigungen von

Verhafteten und die mit Säure versetzten Wasserwerfer.

Auch in Indonesien setzte die staatliche Repression sehr stark auf Massenverhaftungen. *Die Polizei meldete allein für den dritten Tag 3862 Festnahmen landesweit (darunter 796 "Anarchisten_Innen"). Die Massenverhaftungen trafen vor allem schwarz-gekleidete Jugendliche, die die Polizei für "Anarchisten_Innen" hielt. Hier zeigt sich wieder eine bürgerliche Hetze, wonach Anarchismus nur Zerstörung und Durcheinander wäre und dass alle, die für soziale Ziele demonstrieren, als solche verrufen werden.*

5. Was muss getan werden, damit die Proteste und Streiks eine Perspektive haben?

→

Unsere Klasse darf sich nicht unterkriegen lassen unter einer bürokratischen Gewerkschaftsführung, die auf einen Kompromiss mit dem Staat und den Unternehmen hofft. Auch nach den 3 Tagen müssen die Streiks konsequent weitergeführt werden!

→

Die sozialen und antiimperialistische Forderungen sind gut, sollten aber auch mit dem Kampf gegen die eigene Kapitalist_Innenklasse verbunden werden und für Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien unter ArbeiterInnenkontrolle eintreten!

→

Dafür sollte die Führung ein konkretes revolutionäres Programm aufstellen, in dem die Minimalforderungen (reformistische Forderung) der Ablehnung des Gesetztes und die Ablehnung der Angriffe auf die Klasse mit revolutionären und Übergangsforderungen bis hin zur sozialistischen Revolution verbunden werden. Ein Problem dabei ist, dass es seit dem bis heute anhaltenden Verbot der kommunistischen Partei von 1965 keine Arbeiter_Innenpartei in Indonesien gibt, sondern nur eine etwas

linkere stark populistische Partei, deren Führung aus Gewerkschaftsverbänden besteht. Andererseits sind diese offenbar bereit, unter dem Druck der Massen auch politische Streiks durchzuführen.

→

Die gemeinsamen Kämpfe mit der besonders unterdrückten Jugend sollten weiterhin geführt werden. Die Jugend sollte sich jedoch noch in eigenen Organisationen zusammenfinden, um auch spezifisch ihre Lage im kapitalistischen System besprechen zu können. Die studentischen Räte sind gute Ansätze dafür. Dasselbe sollte jedoch auch in Schulen und Betrieben durchgeführt werden.

→

Zur besseren Koordinierung der Demos sollten ArbeiterInnen-, Jugend- und Bäuer_Innenräte eingerichtet werden und das Mittel des politischen Streiks bis zum Generalstreik angewandt werden, da es den stärksten wirtschaftlichen Druck ausübt.

→

aber die Bewegung kann nur gelingen, wenn sie sich international koordiniert und mit anderen sozialen Bewegungen vernetzt (wie z.B. der sozialen Bewegung in Chile, den antimonarchischen Protesten in Thailand, Gewerkschaften in den USA, ...)